

Antwort

der Landesregierung

auf die Große Anfrage Nr. 20
der Fraktion der DVU
Landtagsdrucksache 4/2655

Die jüngste Entwicklung der HIV-Neuinfizierungen in Brandenburg und in Berlin nebst der sich hieraus für das Land Brandenburg ergebenden Folgen

Wortlaut der Großen Anfrage Nr. 20 vom: 16.03.2006:

In den vergangenen Wochen wurde in den Medien wiederholt auf einen erneuten erheblichen Anstieg der Neuinfizierungen mit dem HIV-Erreger auch in Deutschland hingewiesen. Besonders davon betroffen seien junge Menschen. Bei diesen sei feststellbar, dass die Sensibilität gegenüber den mit dieser Erkrankung verbundenen Gefahren in den letzten Jahren nachgelassen habe. Insbesondere die Bereitschaft zur Benutzung geeigneter Verhütungsmittel sei zurückgegangen. Am 27. September 2005 war der Berliner Tagespresse zu entnehmen, dass diese Entwicklung insbesondere auch auf die Stadt und das Land Berlin zutrifft.

Zu dieser Thematik hat bereits die Abgeordnete Monika Schulz (CDU) unter Bezugnahme auf den Welt-Aids-Tag 2005 eine Kleine Anfrage, Drucksache 4/2216, an die Landesregierung gerichtet. Die Antworten der Landesregierung hierauf, Drucksache 4/2334, sind jedoch zu pauschal und unbefriedigend ausgefallen. Insbesondere wird hieraus nicht erkennbar, welche präventiven Ziele die Landesregierung mit welchen konkreten Zielen anstrebt sowie welche Inhalte und Ziele Gegenstand von Gesprächen mit anderen Ländern sind beziehungsweise grenzüberschreitend geführt werden. Mit der vorliegenden Großen Anfrage wird die Landesregierung aufgefordert, dazu genauere Angaben zu machen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Inwieweit lässt sich nach den Erkenntnissen der Landesregierung auch für das Land Brandenburg in den letzten Jahren eine entsprechende Entwicklung hinsichtlich eines erneuten Anstiegs an HIV-Neuinfizierungen feststellen?
 - a) Was sind aus Sicht der Landesregierung die konkreten Hauptursachen für diese Entwicklung in Brandenburg, insbesondere für den sich aus der Antwort zu Frage 1 der Kleinen Anfrage, Drucksache 4/2334, ergebenden erheblichen Anstieg der HIV-Neuinfizierungen im ersten Halbjahr des Jahres 2005?
 - b) Auf welche konkreten Quellen stützt die Landesregierung im Hinblick auf diese Hauptursachen ihre Erkenntnisse für das Land Brandenburg, und zwar vor allem in Bezug auf Kinder, Jugendliche sowie junge Erwachsene bis zum 25. Lebensjahr?

- c) Wie stellen sich die in der Antwort zu Frage 1 der Kleinen Anfrage, Drucksache 4/2334, angegebenen Neuinfizierungszahlen in Brandenburg für die einzelnen Jahre 2000 bis 30. Juni 2005 differenziert nach Jahrgängen dar?
- d) Inwiefern ergeben sich nach den Erkenntnissen der Landesregierung im Hinblick auf die Entwicklung bei den HIV-Neuinfizierungen in Brandenburg in den einzelnen Jahren ab 2000 Unterschiede aufgrund der Zugehörigkeit von Infizierten zu bestimmten sozialen gesellschaftlichen Gruppen, insbesondere zu so genannten AIDS-Risikogruppen?
 - aa) Ergeben sich auch insoweit, bezogen auf die Gesamtzahlen der Neuinfizierungen für die einzelnen Jahre ab 2000, bei den Gruppen der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen bis zum 25. Lebensjahr Abweichungen und
 - bb) welche konkrete Zahlen liegen der Landesregierung für die einzelnen Jahre ab 2000 insoweit, differenziert nach Neuinfizierungen insgesamt sowie nach Neuinfizierungen der einzelnen Jahrgänge bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in einzelnen sozialen gesellschaftlichen Gruppen vor?
- e) Zu welchen Erkenntnissen gelangt man aus Sicht der Landesregierung, wenn man die in der Antwort zu Frage 1 der Kleinen Anfrage, Drucksache 4/2334, angeführten konkreten Zahlen der HIV-Neuinfizierungen der einzelnen Jahre ab 2000 sowie deren Hauptursachen in Relation zu den konkreten Zahlen der negativen demographischen Entwicklung Brandenburgs setzt, und zwar einerseits bezogen auf die Gesamtbevölkerung und andererseits auf Kinder, Jugendliche sowie junge Erwachsene bis zum 25. Lebensjahr?
- f) Inwieweit lassen sich in den jeweiligen Jahren ab 1999 bei der Entwicklung der HIV-Neuinfizierungen nach den Erkenntnissen der Landesregierung im Land Brandenburg Unterschiede zwischen dem engerem Verflechtungsraum zu Berlin und dem äußerem Entwicklungsraum des Landes feststellen, und zwar differenziert nach
 - aa) der Anzahl der Neuinfizierungen in den einzelnen Jahren insgesamt,
 - bb) speziell bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen bis zum 25. Lebensjahr in den einzelnen Jahrgangsstufen und
 - cc) welche Erkenntnisquellen mit welchen konkreten Zahlen liegen der Landesregierung vor?

2. Wie hoch schätzt die Landesregierung nach ihren Erkenntnissen im Land Brandenburg die „Dunkelziffer“ von in Brandenburg lebenden nicht registrierten HIV-Infizierten ein, und zwar
- a) bezogen auf die Gesamtzahl der im Land Brandenburg lebenden HIV-Infizierten sowie bezogen auf die HIV-Neuinfizierungen der Jahre ab 2000,
 - b) bezogen auf Kinder, Jugendliche sowie junge Erwachsene bis zum 25. Lebensjahr,

- c) bezogen auf die Zugehörigkeit zu bestimmten sozialen gesellschaftlichen Gruppen, insbesondere so genannten AIDS-Risikogruppen und
 - d) auf der Grundlage welcher konkreten Erkenntnisquellen oder spezieller Erfahrungswerte gelangt die Landesregierung zu diesen Ergebnissen?
3. Welche konkreten Maßnahmen, Projekte und Kampagnen haben das Land Brandenburg und seine Einrichtungen sowie Kommunen des Landes Brandenburg nebst deren Einrichtungen in den vergangenen Jahren ab 2000, innerhalb und außerhalb des in den Antworten auf die Kleine Anfrage, Drucksache 4/2334, unter Ziffer 1 zu Frage 3 erwähnten Präventionskonzepts, mit welchen jeweils messbaren Ergebnissen gegenüber welchen genauen Zielgruppen in welchen Lebensbereichen unternommen oder gefördert; insbesondere
- a) bei Erwachsenen
 - aa) allgemein in der Erwachsenenbildung,
 - bb) im Bereich familienpolitischer Maßnahmen,
 - cc) im Rahmen gesundheitspolitischer Maßnahmen sowie gesundheitlicher Prävention,
 - dd) in Einrichtungen für Sucht- und Drogentherapien sowie des Strafvollzugs,
 - ee) speziell gegenüber so genannten Risikogruppen im Erwachsenenbereich und
 - b) bei Jugendlichen sowie jungen Erwachsenen bis zum 25. Lebensjahr
 - aa) in den Schulen und Berufsschulen des Landes,
 - bb) an den Universitäten und Hochschulen des Landes,
 - cc) in staatlichen und kommunalen Jugendeinrichtungen,
 - dd) in Einrichtungen für Drogen- und Suchttherapien, der Jugendhilfe sowie in Jugendhaft- und Jugendarrestanstalten des Landes Brandenburg,
 - ee) im Rahmen der polizeilichen Arbeit sowie durch die Jugendämter und
 - ff) speziell gegenüber so genannten HIV-Risikogruppen im Bereich der Jugendlichen und jungen Erwachsenen bis zum 25. Lebensjahr?
4. Welche privaten, kirchlichen, gewerkschaftlichen und/oder karitativen Initiativen und Einrichtungen gab und gibt es nach den Erkenntnissen der Landesregierung seit dem Jahre 2000 im Land Brandenburg – außer den unter Ziffer 2 der Antwort zu Frage 3 der Kleinen Anfrage, Drucksache 4/2334, bereits benannten – insgesamt, die sich
- a) mit welchen konkreten Maßnahmen, Projekten und Kampagnen im Sinne von Frage 3 befassten oder befassen und

- b) welche Fördermittel des Landes in welcher konkreten Höhe wurden in den einzelnen Jahren ab 2000 an welche dieser Initiativen und Einrichtungen, einschließlich der unter Ziffer 2 der Antwort zu Frage 3 der Kleinen Anfrage, Drucksache 4/2334, für welche konkreten Maßnahmen, Projekte und Kampagnen mit welchen genauen Zielsetzungen in welchen Zeiträumen gewährt und ausgereicht?

5. Inwieweit beabsichtigt die Landesregierung

- a) in der laufenden Legislaturperiode bis 2009, außer den unter Ziffer 1 zu Frage 3 der Kleinen Anfrage, Drucksache 4/2334, genannten, weitere konkrete Maßnahmen, Projekte und/oder Kampagnen im Sinne von Frage 3 mit welchen genauen Inhalten zum Zwecke der Aufklärung über die HIV-Gefahren und zur Eindämmung des Ansteckungsrisikos im Land Brandenburg und
- b) inwieweit beabsichtigt die Landesregierung in der laufenden Legislaturperiode bis 2009 aus welchen genauen Gründen bereits laufende konkreten Maßnahmen, Projekte und/oder Kampagnen im Sinne von Frage 3 einzustellen oder auslaufen zu lassen?

6. Inwieweit beabsichtigt die Landesregierung

- a) in der laufenden Legislaturperiode bis 2009 welche weiteren oder neuen konkreten Maßnahmen, Projekte und/oder Kampagnen im Sinne von Frage 3 privater, kirchlicher, gewerkschaftlichen und/oder karitativer Initiativen oder Einrichtungen mit welchen genauen Zielen zusätzlich oder anstelle auslaufender Maßnahmen, Projekte und/oder Kampagnen mit Landesmitteln zu unterstützen,
- b) die staatliche Förderung solcher Maßnahmen, Projekte und/oder Kampagnen mit jeweils welchen exakten Zielen, die seitens privater, kirchlicher, gewerkschaftlicher und/oder karitativer Initiativen oder Einrichtungen gegenwärtig durchgeführt werden, im Verlaufe dieser Legislaturperiode bis 2009 aus welchen genauen Gründen einzustellen beziehungsweise auslaufen zu lassen?

7. Mit welchen tatsächlich gezahlten Geldbeträgen sowie mit welchen sonstigen geldwerten Leistungen in konkreten Zahlen wurden in den einzelnen Jahren ab 2000 aus Landesmitteln jeweils insgesamt staatliche, kommunale, private, gewerkschaftliche und karitative Maßnahmen, Projekte, Initiativen und/oder Kampagnen im Sinne von Frage 3 finanziert, unterstützt oder gefördert?

8. Von welchen tatsächlich zu zahlenden Geldbeträgen sowie Bereitstellungen sonstiger geldwerter Leistungen aus Landesmitteln geht die Landesregierung gegenwärtig für die einzelnen Jahre dieser laufenden Legislaturperiode bis 2009 insgesamt für die Finanzierung, Unterstützung oder Förderung staatlicher, kommunaler, privater, gewerkschaftlicher und karitativer Maßnahmen, Projekte, Initiativen und/oder Kampagnen im Sinne von Frage 2 aus?

9. Wie gestaltete und wie gestaltet sich aus Sicht der Landesregierung ab 2000 in den Bereichen der HIV-Prävention und der HIV-Therapien die Zusammenarbeit mit dem Land Berlin?

- a) Inwieweit verfolgten und verfolgen die Länder Brandenburg und Berlin aus Sicht der Landesregierung in diesem Zusammenhang gemeinsame Ziele und inwieweit sind sie sich über die für das Erreichen dieser Ziele notwendigen und sinnvollen Maßnahmen, Projekte und/oder Kampagnen politisch einig?
 - b) Welche genauen gemeinsamen Maßnahmen, Projekte und/oder Kampagnen des Landes Brandenburg und des Landes Berlin mit welchen konkreten Zielen gab und gibt es in diesem Zusammenhang seit der deutschen Wiedervereinigung?
 - c) Welche genauen gemeinsamen Maßnahmen, Projekte und/oder Kampagnen des Landes Brandenburg und des Landes Berlin mit welchen konkreten Zielen sind für die Zukunft bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode des Landes Brandenburg 2009 in diesem Zusammenhang vereinbart, geplant beziehungsweise in Verhandlung?
 - d) Wie gestalteten beziehungsweise gestalten sich bei vergangenen und bei laufenden gemeinsamen Maßnahmen, Projekten und/oder Kampagnen des Landes Brandenburg mit dem Land Berlin die Vergangenheit jeweils in konkreten Zahlen die Finanzierungsanteile beider Länder?
 - e) Wie gestaltet sich aus Sicht der Landesregierung konkret der Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen den Ländern Brandenburg und Berlin einschließlich ihrer Einrichtungen auf den Feldern der HIV-Prävention sowie der HIV-Therapien?
(Bitte möglichst detaillierte Angaben machen!)
 - f) Auf welchen konkreten Feldern der HIV-Prävention sowie der HIV-Therapien besteht aus Sicht der Landesregierung bei der Zusammenarbeit der Länder Brandenburg und Berlin welcher genaue Verbesserungsbedarf?
10. Welche konkreten Auswirkungen und welche konkreten Gefahren ergeben sich nach Einschätzung der Landesregierung aufgrund der räumlichen Nähe Brandenburgs zu Berlin für die Bevölkerung des Landes Brandenburg wegen der in den Pressemeldungen dargestellten erheblich gestiegenen sowie mutmaßlich weiter steigenden HIV-Neuinfizierungen im Land, und zwar bezogen auf
- a) den engeren Verflechtungsraum Brandenburgs zu Berlin,
 - b) den äußeren Entwicklungsraum des Landes Brandenburg,
 - c) die Risiken für die brandenburgische Bevölkerung insgesamt,
 - d) die Risiken speziell für Jugendliche und junge Erwachsene bis zum 25. Lebensjahr,
 - e) Risiken aufgrund der gemeinsamen Nutzung von Freizeit- und Vergnügungseinrichtungen, vor allem von Jugendlichen und jungen Erwachsenen,
 - f) die Risiken aufgrund der Verflechtungen der so genannten Drogenszenen beider Länder, insbesondere im berlinnahen Raum und

- g) die einzelnen so genannten Risikogruppen sowie die insoweit bestehenden wechselseitigen Verflechtungen vor allem persönlicher und freizeitgestalterischer Natur?
11. Was sind aus Sicht der Landesregierung die konkreten Ursachen für das nunmehr festzustellende Ansteigen der HIV-Neuinfektionen in der jüngsten Zeit; inwieweit ist dies insbesondere zurückzuführen auf
- a) mangelnde Aufklärung der Gesamtbevölkerung in den letzten Jahren,
 - b) mangelnde Aufklärung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen bis zum 25. Lebensjahr in den letzten Jahren,
 - aa) im staatlich-schulischen Bereich und/oder
 - bb) im häuslichen Bereich,
 - c) Tendenzen einer Verharmlosung der HIV-Risiken innerhalb der Gesamtgesellschaft,
 - d) die Folgen eines allgemein zunehmenden Werteverfalls in Deutschland,
 - e) die Folgen zunehmender sozialer Verwerfungen, vor allem in urbanen Regionen unseres Landes,
 - f) die Folgen zunehmenden Drogenmissbrauchs beziehungsweise einer verfehlten Drogenpolitik,
 - g) Prostitution einschließlich mangelnder gesundheitlicher Betreuung von sich prostituierenden Personen,
 - h) einen womöglich konkret im Zusammenhang mit der HIV-Prävention ambivalent wirkenden Umgang mit so genannten Risikogruppen in den vergangenen Jahren, insbesondere
 - aa) seitens der Politik oder deren Repräsentanten,
 - bb) in den Massenmedien oder
 - cc) durch sonstige gesellschaftlich relevante Gruppen oder Kreise?
12. Inwieweit liegen der Landesregierung bereits aktuelle und fundierte Erkenntnisquellen, vor allem Sachverständigengutachten und/oder Stellungnahmen aus der Wissenschaft im Hinblick auf die Themen der Fragestellungen der Fragen 10 und 11 mit welchen konkreten Aussagen zu diesen Fragestellungen im einzelnen vor?
13. Inwieweit beabsichtigt die Landesregierung, im Hinblick auf die Themen der Fragestellungen der Fragen 10 und 11 gegenwärtig oder in absehbarer Zukunft ergänzend fundiertes Erkenntnismaterial, insbesondere Gutachten und/oder Stellungnahmen aus der Wissenschaft einzuholen?
14. Welchen konkreten Einfluss hat nach den Erkenntnissen der Landesregierung die EU-Osterweiterung auf des Ansteigen der HIV-Infektionen in Deutschland und gegebenenfalls auch in Brandenburg in den letzten Jahren?

- a) Inwieweit ergeben sich insoweit aus Sicht der Landesregierung insbesondere erhöhte Risiken aufgrund
 - aa) der Folgen erleichterten Einreisens nach Deutschland sowie in die angrenzenden neuen EU-Mitgliedsstaaten aus ost- und südosteuropäischen Staaten nach dem Fall des „Eisernen Vorhanges“ vor und nach der EU-Osterweiterung im Jahre 2004,
 - bb) der grenzüberschreitenden Prostitution, insbesondere der so genannten „Straßenprostitution“, in den - an die neuen Bundesländer - angrenzenden Regionen der neuen EU-Mitgliedstaaten,
 - cc) des grenzüberschreitenden Drogenhandels und des dadurch geförderten Drogenkonsums in Brandenburg und in den angrenzenden Regionen der Republik Polen,
 - dd) gemeinsamer, dies- und jenseits der Grenze genutzter Jugend- und Freizeiteinrichtungen sowie der dort bestehenden einschlägigen Drogenszenen, und
 - b) welcher Handlungsbedarf für welche konkreten Maßnahmen oder Programme ergibt sich hieraus aus Sicht der Landesregierung, und zwar
 - aa) für zusätzliche Maßnahmen oder Programme des Landes Brandenburg sowie
 - bb) für zusätzliche Maßnahmen oder Programme aufgrund gemeinsamen Handelns des Landes Brandenburg mit neuen EU-Mitgliedstaaten, insbesondere der Republik Polen?
15. Welche Entwicklungen in konkreten Zahlen ergeben sich nach den Erkenntnissen der Landesregierung in den jeweiligen im Jahre 2004 der Europäischen Union beigetretenen neuen EU-Mitgliedstaaten im Hinblick auf HIV-Neuinfizierungen, bezogen auf die letzten Jahre ab 2000?
- a) Was sind nach den Erkenntnissen der Landesregierung die exakten Ursachen für diese Entwicklungen,
 - b) welche Bevölkerungs- und Risikogruppen sind nach den Erkenntnissen der Landesregierung für diese Entwicklung bei den HIV-Neuinfizierungen in den neuen EU-Mitgliedsstaaten prägend und
 - c) inwieweit ergeben sich nach den Erkenntnissen der Landesregierung aufgrund dieser Entwicklungen in den neuen EU-Mitgliedstaaten Unterschiede zu den Entwicklungen in Deutschland und speziell im Land Brandenburg?
16. Mit welchen konkreten Maßnahmen und Programmen reagierten und reagieren nach den Erkenntnissen der Landesregierung die einzelnen neuen EU-Mitgliedstaaten in den letzten zehn Jahren bis heute eigenständig sowie mit eigenen Mitteln auf die in ihren Ländern festzustellenden Entwicklungen der HIV-Neuinfizierungen in den letzten Jahren, und zwar differenziert nach

- a) Maßnahmen und Programmen zur Prävention und Aufklärung, insbesondere
 - aa) in den Bereichen der Erwachsenenbildung, im Bereich familienpolitischer Maßnahmen sowie im Rahmen gesundheitspolitischer Maßnahmen,
 - bb) an Schulen, in Bildungs- und Jugendeinrichtungen,
 - cc) im Rahmen polizeilicher Arbeit, in Justizvollzugseinrichtungen sowie durch Jugendämter oder vergleichbare Einrichtungen sowie
 - dd) speziell gegenüber so genannten Risikogruppen, insbesondere in den Bereichen der Prostitution, Drogenszenen, Homosexualität sowie in Einrichtungen für Drogen- und Suchttherapien,
 - b) Maßnahmen und Programmen mit eher repressivem Charakter, insbesondere in Gestalt von
 - aa) Meldepflichten für HIV-Neuinfektionen und
 - bb) obligatorischen Untersuchungen im Hinblick auf HIV-Infektionen,
 - c) inwieweit wurden in der Zeit ab Vollzug der EU-Osterweiterung Mitte 2004 nach den Erkenntnissen der Landesregierung in den einzelnen neuen EU-Mitgliedstaaten jeweils Maßnahmen und Programme zur HIV-Prävention einschließlich der damit angesprochenen Gesellschafts- und Risikogruppen im Sinne der vorstehenden Fragen a), Buchstaben aa) bis dd), und b), Buchstaben aa) und bb), mit welchen exakten Zielen und messbaren Ergebnissen neu eingeführt, verändert oder eingestellt,
 - d) welche genauen tatsächlichen Auswirkungen hat dies auf das Land Brandenburg,
 - e) welche konkreten Folgerungen ergeben sich aus diesen Umständen für die Landesregierung sowie für deren Aktivitäten zur AIDS-Prävention im Land Brandenburg?
17. Inwieweit hat das Land Brandenburg in den vergangenen zehn Jahren mit welchen der heutigen neuen EU-Mitgliedstaaten im Land Brandenburg oder/und in welchen der neuen EU-Mitgliedsstaaten – über die in den Antworten zu Frage 3, Ziffer 3, der Kleinen Anfrage, Drucksache 4/2334, erwähnten Gesprächen mit Wojewodschaften der Republik Polen – im Rahmen der Aids-Bekämpfung welche konkreten gemeinsamen Maßnahmen in welchen exakten Zeiträumen betrieben oder finanziell gefördert, und zwar durch
- a) Maßnahmen zum Zwecke der Prävention und Aufklärung
 - aa) in den Bereichen der Erwachsenenbildung, im Bereich familienpolitischer Maßnahmen sowie im Rahmen gesundheitspolitischer Maßnahmen,
 - bb) an Schulen, in Bildungs- und Jugendeinrichtungen,

- cc) im Rahmen polizeilicher Arbeit, in Justizvollzugseinrichtungen sowie durch Jugendämter und
- dd) speziell gegenüber so genannten Risikogruppen sowie in Einrichtungen für Drogen- und Suchttherapien und
- b) Maßnahmen und Programmen mit eher repressivem Charakter, insbesondere in Gestalt von
 - aa) Meldepflichten für HIV-Neuinfektionen und
 - bb) obligatorischen Untersuchungen im Hinblick auf HIV-Neuinfektionen?
- c) Welche konkreten Inhalte soll das in den Antworten der Landesregierung zu Frage 3, Ziffer 3, der Kleinen Anfrage, Drucksache 4/2334, angesprochene gemeinsame EU-Projekt mit anderen Partnern haben, beziehungsweise über welche genauen Inhalte konnte insoweit mit welchen anderen Partnern Einvernehmen erzielt werden?
 - aa) Welche genauen Ziel- beziehungsweise Risikogruppen sollen mit diesem EU-Projekt nach den Vorstellungen der Landesregierung und nach den Vorstellungen welcher anderer Partner erreicht werden,
 - bb) mit welchen konkreten Maßnahmen oder Programmen im Sinne der Fragen a) und b) soll dies nach den Vorstellungen der Landesregierung und nach den Vorstellungen welcher anderer Partner im Rahmen dieses EU-Projekts erfolgen,
 - cc) welche genauen Ziel- beziehungsweise Risikogruppen sollen mit welchen exakten Maßnahmen oder Programmen im Sinne der Fragen a) und b) nach den Vorstellungen der Landesregierung und der anderen Partner in Brandenburg, in welchen anderen Regionen Deutschlands und in welchen Regionen welcher EU-Partner erreicht werden,
 - dd) welche Kosten sind durch dieses EU-Projekt bereits entstanden, welche voraussichtlichen weiteren Kosten in konkreten Zahlen sind mit diesem EU-Projekt verbunden und welche anteiligen Kosten tragen das Land Brandenburg, die einzelnen weiteren daran beteiligten Partner sowie gegebenenfalls die Europäische Union?
- d) Inwieweit beabsichtigt die Landesregierung in den kommenden Jahren bis 2009 – über das in den Antworten der Landesregierung zu Frage 3, Ziffer 3, der Kleinen Anfrage, Drucksache 4/2334, erwähnte EU-Projekt hinaus - gemeinsam mit welchen neuen EU-Mitgliedstaaten welche konkreten Maßnahmen oder Programme im Sinne der Fragen 17 a) und 17 b) zu betreiben oder finanziell zu fördern?
- e) Inwieweit und seit wann findet nach den Erkenntnissen der Landesregierung zwischen im Land Brandenburg und in den neuen EU-Mitgliedstaaten vorhandenen Einrichtungen oder Organisationen, die sich mit der HIV-Prävention oder mit der Aids-Behandlung befassen, ein Austausch wissenschaftlicher Erfahrungen zur Verbesserung der HIV-Prävention und Aids-Forschung statt,

- f) Inwieweit ist nach den Erkenntnissen der Landesregierung zwischen Einrichtungen und Organisationen in Brandenburg und in den neuen EU-Mitgliedstaaten in den kommenden Jahren bis 2009 die Aufnahme oder Vertiefung eines solchen Austauschs im Sinne von Frage e) verabredet oder in Verhandlung?
18. Welche konkreten Maßnahmen und Programme zur Eindämmung von HIV-Neuinfektionen bietet nach den Erkenntnissen der Landesregierung unmittelbar die Europäische Union an, und zwar ebenfalls differenziert nach der Natur der Maßnahmen oder Programme
- a) zum Zwecke der Prävention und Aufklärung, untergliedert nach den einzelnen Lebensbereichen im Sinne von Frage 16 a), Buchstaben aa) bis dd),
- b) mit eher repressivem Charakter im Sinne von Frage 16 b), Buchstaben aa) und bb) und
- c) inwieweit und in welcher Höhe stellte in den einzelnen letzten zehn Jahren bis heute die Europäische Union hierzu finanzielle Mittel bereit, welche
- aa) das Land Brandenburg in Anspruch nahm oder nimmt,
- bb) nach den Erkenntnissen der Landesregierung selbständige Einrichtungen des Landes Brandenburg in Anspruch nahmen oder/und nehmen,
- cc) nach den Erkenntnissen der Landesregierung Kommunen oder deren Einrichtungen des Landes Brandenburg in Anspruch nahmen oder/und nehmen,
- dd) nach den Erkenntnissen private Einrichtungen oder Organisationen, die im Land Brandenburg in den Bereichen der HIV-Prävention oder -Therapie tätig sind, in Anspruch nahmen oder/und nehmen,
- ee) nach den Erkenntnissen der Landesregierung die im Jahre 2004 der Europäischen Union beigetretenen neuen EU-Mitgliedstaaten, deren Einrichtungen oder Kommunen in Anspruch nahmen oder/und nehmen,
- ff) nach den Erkenntnissen der Landesregierung in den neuen EU-Mitgliedstaaten in den Bereichen der HIV-Prävention oder -Therapie aktive private Einrichtungen oder Organisationen in Anspruch nahmen oder/und nehmen?
- gg) Wie hoch waren nach den Erkenntnissen der Landesregierung in konkreten Zahlen die seitens der Europäischen Union für diese Zwecke bereitgestellten Mittel jeweils in den letzten zehn Jahren bis heute insgesamt für Deutschland, für alle neuen, im Jahre 2004 beigetretenen EU-Mitgliedstaaten und für alle EU-Mitgliedstaaten und

hh) sind nach den Erkenntnissen der Landesregierung in diese EU-Fördermaßnahmen auch Staaten einbezogen, mit denen Assoziationsabkommen bestehen (die so genannten Kandidatenländer Rumänien, Bulgarien, Kroatien sowie Türkei) und, wenn ja, in welcher Höhe in konkreten Zahlen jeweils in den letzten zehn Jahren?

19. Gab oder gibt es nach den Erkenntnissen der Landesregierung in den letzten zehn Jahren bis heute von sonstigen internationalen Institutionen – etwa der WHO – Programme zur Eindämmungen von HIV-Neuinfektionen oder Fördermittel für solche Programme in Brandenburg, in Deutschland, in den 2004 der Europäischen Union neu beigetretenen Mitgliedstaaten und/oder in Staaten, mit denen Assoziationsabkommen bestehen und, wenn ja,

a) um welche konkreten Programme oder Maßnahmen welcher genauen internationalen Institution beziehungsweise welche konkreten und von welcher genauen internationalen Institution geförderten Programme, Maßnahmen und Einrichtungen beziehungsweise Organisationen im Sinne von Frage 17, Buchstaben a), aa) bis dd), und 18, Buchstaben c), cc) bis ff), handelte es sich hierbei,

b) in welcher Höhe in konkreten Zahlen sowie mit welcher genauen zeitlichen Dauer wurden Fördermittel für solche Programme, Maßnahmen oder Einrichtungen in Anspruch genommen und

c) inwieweit standen in den vergangenen zehn Jahren nach den Erkenntnissen der Landesregierung in jeweils welcher Höhe in konkreten Zahlen Fördermittel für Programme, Maßnahmen oder Einrichtungen staatlicher, kommunaler oder privater Träger im Land Brandenburg zur Eindämmung von HIV-Neuinfektionen oder zur Therapie HIV-Infizierter seitens internationaler Institutionen zwar bereit, wurden aber in welcher genauen Höhe und aus welchen exakten Gründen nicht in Anspruch genommen?

20. Welche konkreten Erkenntnisse liegen der Landesregierung darüber vor, wie sich in anderen EU-Mitgliedstaaten (ohne die 2004 beigetretenen neuen EU-Mitgliedstaaten) beziehungsweise in anderen dortigen Regionen in den vergangenen zehn Jahren bis heute die Zahlen der HIV-Neuinfektionen jeweils entwickelt haben?

a) Welche dort praktizierten Programme oder Maßnahmen im Sinne von Frage 16 erwiesen sich jeweils als besonders erfolgreich, welche als weniger erfolgreich,

b) welche konkreten Schlüsse zieht die Landesregierung hieraus für das Land Brandenburg,

c) inwieweit beziehungsweise im Rahmen welcher Projekte mit welchen konkreten Programmen oder Maßnahmen für welche genauen Ziel- oder Risikogruppen kooperierte das Land Brandenburg in den vergangenen zehn Jahren bis heute mit welchen dieser EU-Mitgliedstaaten und

d) inwieweit findet oder fand in den vergangenen zehn Jahren bis heute hierüber zwischen dem Land Brandenburg beziehungsweise seinen Einrichtungen ein Erfahrungs- und Wissensaustausch mit anderen alten EU-Staaten beziehungsweise dortigen Regionen oder deren Einrichtungen statt?

21. Wie gestaltet sich nach den Erkenntnissen der Landesregierung im Land Brandenburg bislang die praktische Umsetzung der in den Antworten zu Frage 1 der Kleinen Anfrage, Drucksache 4/2334, unter Ziffer 1 erwähnten „Initiative Brandenburg – Gemeinsam gegen AIDS – Präventionskonzept – „Sexuelle Gesundheit von jungen Menschen“; welche Erfolge haben sich hierbei ergeben und welche Defizite sind festzustellen?
- a) In welchem konkreten Umfang wurde nach den Erkenntnissen der Landesregierung bislang im Rahmen dieses Präventionskonzepts mit welchen exakten Veranstaltungsinhalten praktische Aufklärungsarbeit geleistet
 - aa) gegenüber den in Ziffer 2 des Präventionsprogramms genannten Zielgruppe und
 - bb) an den in Ziffer 2 dieses Präventionsprogramms genannten Zielorten?
 - b) Welche konkreten Maßnahmen hält die Landesregierung im Rahmen dieses Präventionskonzepts für geeignet, die Zahl der HIV-Neuinfektionen in Brandenburg zu senken?
 - c) Was genau ist unter einer bedürfnisgerechten Betreuung und Versorgung von HIV-infizierten Menschen im Sinne dieses Präventionskonzepts zu verstehen und inwieweit wird hiermit von der bisherigen Betreuungs- und Versorgungspraxis in Brandenburg abgewichen?
 - d) Inwieweit wird dieses Präventionskonzept mittlerweile in der Praxis flächendeckend, also landesweit, in Brandenburg umgesetzt, und zwar
 - aa) gegenüber welchen genauen Zielgruppen im Sinne von Buchstaben a), aa),
 - bb) an welchen genauen Zielorten im Sinne von Buchstaben a), bb),
 - cc) in welchem konkreten Umfang und wo genau in Brandenburg wurden bisher im Sinne von Ziffer 5 dieses Präventionskonzepts jeweils Gruppenveranstaltungen und aktive Teilnahmen an Großveranstaltungen zum Zwecke der AIDS-Prävention durchgeführt und
 - dd) haben sich bei der bisherigen praktischen Umsetzung dieses Konzepts Präventionsschwerpunkte herauskristallisiert und - wenn ja - welche genau sind dies aus welchen exakten Gründen?
 - e) Inwieweit ergibt sich aus Sicht der Landesregierung aus den bisherigen Umsetzungspraxis dieses Präventionskonzepts welcher genauer Veränderungs- oder Ergänzungsbedarf?
22. Was genau ist mit den unter Ziffer 6 in dem Präventionskonzept der Initiative Brandenburg – Gemeinsam gegen AIDS – „Sexuelle Gesundheit von jungen Menschen“ genannten Begriffen „Grabbelsack“, „Black Box“ und „Bilder einer Ausstellung“ gemeint?
- a) Welche exakten Aufklärungsinhalte zur HIV-Prävention sind hiermit jeweils verknüpft,

- b) an welche genauen Ziel- und Altersgruppen wenden sich diese Aufklärungsinhalte und
- c) in welchen konkreten Zusammenhängen (etwa Kita, Bildungs- und Jugendeinrichtungen) werden diese Aufklärungsinhalte in Brandenburg vermittelt?

23. Welches konkrete Gefahrenpotential für HIV-Neuinfizierungen in Brandenburg und in Deutschland geht aus Sicht der Landesregierung von Menschen aus, welche mit Herkunft aus Nicht-EU-Staaten erlaubt, als Asylbewerber oder Flüchtlinge oder sogar illegal nach Deutschland und nach Brandenburg einreisen?

- a) Welche Personengruppen mit welcher sozialen und territorialen Herkunft waren hiervon nach den Erkenntnissen der Landesregierung in den vergangenen zehn Jahren bis heute jeweils in besonderem Maße betroffen,
- b) inwieweit bestehen in dieser Hinsicht besondere Risiken für Männer sowie durch HIV infizierte Männer,
- c) inwieweit bestehen in dieser Hinsicht besondere Risiken für Frauen sowie durch HIV infizierte Frauen,
- d) inwieweit bestehen in dieser Hinsicht besondere Risiken für Kinder und durch HIV infizierte Kinder,
- e) auf welche konkreten Lebensumstände oder Gefahren im Hinblick auf eine HIV-Infektion ist dies aus Sicht der Landesregierung in den betroffenen Herkunftsländern vornehmlich zurückzuführen,
- f) wie schätzt die Landesregierung das gesundheitliche Gefahrenpotential ein, welches von diesen Tatbeständen gemäß der Fragen zu a) bis e) für die brandenburgische Bevölkerung ausgeht,
- g) wie kann diesem Gefahrenpotential aus Sicht der Landesregierung effektiv sinnvoll begegnet werden und
- h) welche konkreten Maßnahmen hat die Landesregierung in den letzten zehn Jahren bis heute jeweils ergriffen, um diesem gesundheitlichen Gefahrenpotential für die brandenburgische Bevölkerung zu begegnen beziehungsweise beabsichtigt die Landesregierung angesichts steigender HIV-Neuinfizierungen im Verlaufe dieser Legislaturperiode bis 2009 noch zu ergreifen?

24. In welchem Umfang in konkreten Zahlen wurden nach den Erkenntnissen der Landesregierung bei Personen mit Herkunft aus Nicht-EU-Staaten, differenziert nach Männern, Frauen und Kindern im Land Brandenburg, in den letzten zehn Jahren jeweils

- a) HIV-Infektionen festgestellt,
- b) HIV-Erkrankungen diagnostiziert und
- c) HIV-Therapien durchgeführt, um einen AIDS- Erkrankungsausbruch zu verhindern oder zumindest zu verzögern?

25. Welche konkreten Ziele verfolgt die Landesregierung mit der in der Antwort zu Frage 4 der Kleinen Anfrage, Drucksache 4/2334, angekündigten landesweiten Verteilung der Broschüre „Wegweiser für Migrantinnen und Migranten“, Herausgabe im Dezember 2005?
- a) Wann ist diese Broschüre „Wegweiser für Migrantinnen und Migranten“ erstmals aufgelegt worden,
 - b) in welcher Auflage sowie zu welchen exakten Kosten in konkreten Zahlen ist die Herausgabe dieser Broschüre im Dezember 2005 erfolgt,
 - c) in welchen Sprachen mit jeweils welchen Auflage in konkreten Zahlen ist diese Broschüre im Land Brandenburg verfasst beziehungsweise erhältlich,
 - d) welche konkreten Stellen, Institutionen oder Akteure in Brandenburg sollen diese Broschüre im Land Brandenburg verteilen,
 - e) in welchem genauen Umfang ist die Verteilung dieser Broschüre nach den Erkenntnissen der Landesregierung inzwischen bereits erfolgt,
 - f) für welche konkreten Zielgruppen ist diese Broschüre inhaltlich konzipiert, und zwar
 - aa) inwieweit sollen hiermit Neuzuwanderer aus Nicht-EU-Staaten (einschließlich Asylbewerbern, Flüchtlingen und Spätaussiedlern) angesprochen werden,
 - bb) inwieweit sollen mit der Broschüre bereits hier lebende ausländische Staatsangehörige aus Nicht-EU-Staaten angesprochen werden,
 - cc) inwieweit sollen innerhalb der Gruppen der Neuzuwanderer und/oder bereits hier lebenden ausländischen Staatsangehörigen aus Nicht-EU-Staaten welche genauen Ziel- oder Risikogruppen im Sinne von Frage 16, Buchstaben a), aa) bis dd) besonders angesprochen werden,
 - dd) welche exakten Inhalte und Verhaltensregeln enthält diese Broschüre speziell im Hinblick auf die HIV-Prävention bei ausländischen Staatsangehörigen aus Nicht-EU-Staaten sowie bei Spätaussiedlern und
 - ee) werden in dieser Broschüre außer der HIV-Problematik noch andere Themen erörtert? – Wenn ja, um welche anderen Themen handelt es sich hierbei genau und mit welcher räumlichen wie inhaltlichen Gewichtung im Verhältnis zu der HIV-Problematik?
26. Inwieweit ist die in der Antwort zu Frage 4 der Kleinen Anfrage, Drucksache 4/2334, angekündigte landesweite Verteilung der Broschüre „Wegweiser für Migrantinnen und Migranten“ mit welchen weiteren konkreten Programmen oder Maßnahmen zum Zwecke der HIV-Prävention gegenüber welchen Zielgruppen im Sinne von Frage 25, Buchstaben f), aa) bis cc) verbunden, und zwar insbesondere solchen im Sinne von Frage 16?

27. Welches konkrete Aufklärungsmaterial und welche konkreten Aufklärungsmaßnahmen gab und gibt es – außer der in der Antwort zu Frage 4 der Kleinen Anfrage, Drucksache 4/2334, erwähnten Broschüre „Wegweiser für Migrantinnen und Migranten“ – nach den Erkenntnissen der Landesregierung in Brandenburg in den vergangenen zehn Jahren bis heute speziell für Personen mit Herkunft aus Nicht-EU-Staaten zum Zwecke der Aufklärung vor HIV-Gefahren, einschließlich entsprechender Verhaltensregeln?
- a) In welchen Sprachen ist beziehungsweise war derartiges Aufklärungsmaterial in Brandenburg verfügbar und in welchen Sprachen werden entsprechende Aufklärungsmaßnahmen abgehalten?
 - b) Welche Stellen oder Einrichtungen des Landes Brandenburg und seiner Kommunen sowie welche Organisationen oder Verbände sind und waren nach den Erkenntnissen der Landesregierung in den letzten zehn Jahren bis heute in Brandenburg mit solchen Aufklärungsmaßnahmen, einschließlich der Verteilung von Aufklärungsmaterial, befasst und inwieweit waren oder sind hierbei insbesondere eingebunden
 - aa) Ausländerbehörden des Landes Brandenburg sowie
 - bb) Aufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber, Flüchtlinge und Spätaussiedler?
 - c) Inwieweit sieht die Landesregierung Handlungsbedarf gegenüber einreisenden Personen aus Nicht-EU-Staaten im Hinblick auf speziell für diese Personengruppen unterschiedlicher Herkunft zugeschnittene zusätzliche Aufklärungsmaßnahmen speziell zur AIDS-Prävention, angesichts der bundesweit steigenden HIV-Neuinfizierungen sowie gleichzeitig abnehmender Sensibilisierung insbesondere junger Menschen gegenüber den Aids-Gefahren?
28. Inwieweit haben sich nach den Erkenntnissen der Landesregierung im Hinblick auf die HIV-Prävention und/oder auf die Feststellung von HIV-Infektionen aufgrund der mit der EU-Osterweiterung im Jahre 2004 einhergehenden Verschiebung der EU-Außengrenzen Veränderungen ergeben?
- a) Welche konkreten Maßnahmen wurden bis zur EU-Osterweiterung insoweit an der ehemaligen EU-Außengrenze Brandenburgs durchgeführt und werden seither an der gemeinsamen EU-Binnengrenze mit Polen nicht mehr durchgeführt,
 - b) welche konkreten Maßnahmen werden nach den Erkenntnissen der Landesregierung diesbezüglich an den heutigen EU-Außengrenzen der neuen EU-Mitgliedstaaten – gegebenenfalls auch zusätzlich zu den vorherigen an der alten EU-Außengrenze Brandenburgs bis 2004 – durchgeführt und
 - c) inwieweit besteht aus Sicht der Landesregierung diesbezüglich zusätzlicher Handlungsbedarf für welche konkreten Maßnahmen an der gemeinsamen EU-Binnengrenze und/ oder den heutigen EU-Außengrenzen mit jeweils welchen Zuständigkeiten?

Namens der Landesregierung beantwortet die Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie die Große Anfrage 20 wie folgt:

1. Inwieweit lässt sich nach den Erkenntnissen der Landesregierung auch für das Land Brandenburg in den letzten Jahren eine entsprechende Entwicklung hinsichtlich eines erneuten Anstiegs an HIV-Neuinfizierungen feststellen?
 - a) Was sind aus Sicht der Landesregierung die konkreten Hauptursachen für diese Entwicklung in Brandenburg, insbesondere für den sich aus der Antwort zu Frage 1 der Kleinen Anfrage, Drucksache 4/2334, ergebenden erheblichen Anstieg der HIV-Neuinfizierungen im ersten Halbjahr des Jahres 2005?
 - b) Auf welche konkreten Quellen stützt die Landesregierung im Hinblick auf diese Hauptursachen ihre Erkenntnisse für das Land Brandenburg, und zwar vor allem in Bezug auf Kinder, Jugendliche sowie junge Erwachsene bis zum 25. Lebensjahr?
 - c) Wie stellen sich die in der Antwort zu Frage 1 der Kleinen Anfrage, Drucksache 4/2334, angegebenen Neuinfizierungszahlen in Brandenburg für die einzelnen Jahre 2000 bis 30. Juni 2005 differenziert nach Jahrgängen dar?
 - d) Inwiefern ergeben sich nach den Erkenntnissen der Landesregierung im Hinblick auf die Entwicklung bei den HIV-Neuinfizierungen in Brandenburg in den einzelnen Jahren ab 2000 Unterschiede aufgrund der Zugehörigkeit von Infizierten zu bestimmten sozialen gesellschaftlichen Gruppen, insbesondere zu so genannten AIDS-Risikogruppen?
 - aa) Ergeben sich auch insoweit, bezogen auf die Gesamtzahlen der Neuinfizierungen für die einzelnen Jahre ab 2000, bei den Gruppen der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen bis zum 25. Lebensjahr Abweichungen und
 - bb) welche konkrete Zahlen liegen der Landesregierung für die einzelnen Jahre ab 2000 insoweit, differenziert nach Neuinfizierungen insgesamt sowie nach Neuinfizierungen der einzelnen Jahrgänge bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in einzelnen sozialen gesellschaftlichen Gruppen vor?
 - e) Zu welchen Erkenntnissen gelangt man aus Sicht der Landesregierung, wenn man die in der Antwort zu Frage 1 der Kleinen Anfrage, Drucksache 4/2334, angeführten konkreten Zahlen der HIV-Neuinfizierungen der einzelnen Jahre ab 2000 sowie deren Hauptursachen in Relation zu den konkreten Zahlen der negativen demographischen Entwicklung Brandenburgs setzt, und zwar einerseits bezogen auf die Gesamtbevölkerung und andererseits auf Kinder, Jugendliche sowie junge Erwachsene bis zum 25. Lebensjahr?
 - f) Inwieweit lassen sich in den jeweiligen Jahren ab 1999 bei der Entwicklung der HIV-Neuinfizierungen nach den Erkenntnissen der Landesregierung im Land Brandenburg Unterschiede zwischen dem engerem Verflechtungsraum zu Berlin und dem äußerem Entwicklungsraum des Landes feststellen, und zwar differenziert nach
 - aa) der Anzahl der Neuinfizierungen in den einzelnen Jahren insgesamt,

- bb) speziell bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen bis zum 25. Lebensjahr in den einzelnen Jahrgangsstufen und
- cc) welche Erkenntnisquellen mit welchen konkreten Zahlen liegen der Landesregierung vor?

Zu Frage 1:

Nach der statistischen Erfassung des Robert-Koch-Institutes (RKI) gibt es in Brandenburg - ebenso wie bundesweit - einen Anstieg der HIV-Neuinfektionen.

Ein Anstieg der HIV-Neuinfektionen in Brandenburg ist für die Gruppe der Männer, die Sex mit Männern haben, und für die Gruppe der Menschen, die heterosexuelle Kontakte haben, festzustellen.

Zu Frage 1a):

Der Anstieg der HIV-Infektionen ist im Zusammenhang mit nachlassendem Schutzverhalten im sexuellen Bereich zu sehen. Das wird durch Ergebnisse von Untersuchungen zum Kondomverbrauch belegt.

Aus diesen Ergebnissen ist zu schließen, dass das Bewusstsein für HIV und Aids nicht mehr in ausreichendem Maße vorhanden ist. Gründe hierfür liegen vor allem in der sinkenden Medienpräsenz sowie einer rasanten medizinischen Entwicklung, die zwar eine gute Behandlung der Erkrankung, jedoch keine Heilung der HIV-Infektion ermöglicht.

Zu Frage 1b):

Die Landesregierung stützt sich auf Ergebnisse des Robert-Koch-Instituts, der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung und der Aids-Hilfe Potsdam e.V.

Zu Frage 1c)

Gemeldete HIV-Fälle pro 100.000 Einwohner nach Jahr und Altersgruppe, für Brandenburg; Quelle: RKI: SurvStat, <http://www.rki.de/SurvStat>, Datenstand: 01.04.2006

Jahr	Nach Jahrgängen (in Jahren)								
	00...14	15...20	21...24	25...29	30...39	40...49	50...59	60...74	75...99
2001	0,00	0,91	2,32	2,24	2,03	1,08	0,00	0,20	0,00
2002	0,00	0,91	3,10	1,49	1,45	0,43	2,15	0,00	0,00
2003	0,00	0,00	1,55	4,47	1,45	2,37	0,61	0,61	0,00
2004	0,00	1,82	0,00	6,71	1,45	1,29	0,61	0,41	0,00
2005	0,35	0,46	2,32	4,47	2,90	2,15	0,92	0,20	0,00

Zu Frage 1d) sowie den Unterbuchstaben aa) und bb):

Die Verwendung des Begriffs „Aids-Risikogruppen“ ist irreführend. Sowohl das Infektionsschutzgesetz als auch die Aids-Politik von UNAIDS¹ und Weltgesundheitsorganisation (WHO) gehen ausschließlich von Risikoverhalten im Zusammenhang mit HIV/Aids aus.

Das Risiko- oder Gesundheitsverhalten ist unterschiedlich ausgeprägt und abhängig von Lebensumständen, Wissen und Einstellungen.

Die Angaben des RKI zu HIV-Neuinfektionen beziehen sich auf folgende Gruppen:

- a) Männer und Frauen
- b) nach (geschätzten) Infektionswegen definierte Gruppen.

¹ UNAIDS ist ein Koordinierungsprogramm der Vereinten Nationen mit dem Ziel, die HIV/Aids-Pandemie zu bekämpfen.

Nach Angaben des RKI (Quelle: www.rki.de/SurvStat) liegen folgende geschätzte Eckdaten für Brandenburg vor:

Zu a): Zahl der HIV-Neuinfektionen nach Geschlecht:

	Männer	Frauen
2001	16	5
2002	20	2
2003	18	11
2004	21	7
2005	27	8
2006	1	0

Zu b): Zahl der HIV-Neuinfektionen nach (geschätzten) Infektionswegen:

	MSM	IVDA	Hetero	HPL	PPI	k.A./andere
2001	12	0	1	3	0	5
2002	10	2	4	3	0	3
2003	12	0	4	7	0	6
2004	11	0	6	6	0	5
2005	16	1	9	3	1	5
2006	0	0	1	0	0	0

MSM = Männer, die Sex mit Männern haben
 IVDA = i.V. drogengebrauchende Menschen
 Hetero = Heterosexuelle Kontakte
 HPL = Menschen aus Hochprävalenzländern
 PPI = Prä- oder perinatale Infektion

Bei den Meldungen nach der Laborberichtspflichtverordnung wird der wahrscheinliche Infektionsweg erhoben. Die Statistik erfasst damit die Übertragungswege nur, soweit diese von den Betroffenen angegeben werden.

Eine Differenzierung nach Altersgruppen wird bei der Erhebung der Zahlen nach Infektionswegen nicht vorgenommen.

Ein Anstieg der HIV-Neuinfektionen in Brandenburg, wie auch bundesweit, ist für die Gruppe der Männer, die Sex mit Männern haben, und für die Gruppe der Menschen, die heterosexuelle Kontakte haben, festzustellen.

Nach Altersgruppen wird bei dieser Erfassung nicht differenziert.

Zu Frage 1e):

Aus einem In-Beziehung-Setzen der genannten Zahlen ergeben sich aus Sicht der Landesregierung keine Erkenntnisse.

Zu Frage 1f), Buchstaben aa), bb) und cc):

Im engeren Verflechtungsraum zu Berlin ist die Zahl der HIV-infizierten und an Aids erkrankten Menschen höher als im äußeren Entwicklungsraum des Landes Brandenburg. Eine Differenzierung nach Landkreisen und Altersstufen wird seitens des RKI nicht erfasst (siehe Antwort zu 1c)).

2. Wie hoch schätzt die Landesregierung nach ihren Erkenntnissen im Land Brandenburg die „Dunkelziffer“ von in Brandenburg lebenden nicht registrierten HIV-Infizierten ein, und zwar
- a) bezogen auf die Gesamtzahl der im Land Brandenburg lebenden HIV-Infizierten sowie bezogen auf die HIV-Neuinfizierungen der Jahre ab 2000,
 - b) bezogen auf Kinder, Jugendliche sowie junge Erwachsene bis zum 25. Lebensjahr,
 - c) bezogen auf die Zugehörigkeit zu bestimmten sozialen gesellschaftlichen Gruppen, insbesondere so genannten AIDS-Risikogruppen und
 - d) auf der Grundlage welcher konkreten Erkenntnisquellen oder spezieller Erfahrungswerte gelangt die Landesregierung zu diesen Ergebnissen?

Zu Fragen 2a) bis 2d):

Aufgrund der bezogen auf andere Bundesländer relativ vollständigen HIV- und Aids-Meldungen aus Brandenburg an das RKI ist von einer eher niedrigen Dunkelziffer auszugehen.

3. Welche konkreten Maßnahmen, Projekte und Kampagnen haben das Land Brandenburg und seine Einrichtungen sowie Kommunen des Landes Brandenburg nebst deren Einrichtungen in den vergangenen Jahren ab 2000, innerhalb und außerhalb des in den Antworten auf die Kleine Anfrage, Drucksache 4/2334, unter Ziffer 1 zu Frage 3 erwähnten Präventionskonzepts, mit welchen jeweils messbaren Ergebnissen gegenüber welchen genauen Zielgruppen in welchen Lebensbereichen unternommen oder gefördert; insbesondere
- a) bei Erwachsenen
 - aa) allgemein in der Erwachsenenbildung,
 - bb) im Bereich familienpolitischer Maßnahmen,
 - cc) im Rahmen gesundheitspolitischer Maßnahmen sowie gesundheitlicher Prävention,
 - dd) in Einrichtungen für Sucht- und Drogentherapien sowie des Strafvollzugs,
 - ee) speziell gegenüber so genannten Risikogruppen im Erwachsenenbereich und
 - b) bei Jugendlichen sowie jungen Erwachsenen bis zum 25. Lebensjahr
 - aa) in den Schulen und Berufsschulen des Landes,
 - bb) an den Universitäten und Hochschulen des Landes,
 - cc) in staatlichen und kommunalen Jugendeinrichtungen,
 - dd) in Einrichtungen für Drogen- und Suchttherapien, der Jugendhilfe sowie in Jugendhaft- und Jugendarrestanstalten des Landes Brandenburg,

- ee) im Rahmen der polizeilichen Arbeit sowie durch die Jugendämter und
- ff) speziell gegenüber so genannten HIV-Risikogruppen im Bereich der Jugendlichen und jungen Erwachsenen bis zum 25. Lebensjahr?

Zu Fragen 3a) und 3b) sowie deren Unterbuchstaben:

Die wichtigsten Maßnahmen, Projekte und Kampagnen des Landes und seiner Einrichtungen sowie der Kommunen und ihrer Einrichtungen werden seit 2003 durch das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie (MASGF) in Übersichten, die auch die Ergebnisse dieser Maßnahmen, Projekte und Kampagnen enthalten, erfasst. Diese Übersichten können beim MASGF jederzeit angefordert werden. Die Maßnahmen, Projekte und Kampagnen, die im Land Brandenburg durchgeführt werden, richten sich sowohl an bestimmte Settings und Personengruppen als auch an die Gesamtbevölkerung.

Das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport und das Landesjugendamt haben keine Projekte in Jugendeinrichtungen durchgeführt oder gefördert, die gezielt die HIV-Prävention zum Gegenstand hatten. Gleichwohl ist anzunehmen, dass im Rahmen von Projekten der außerschulischen Jugendbildung auch das Thema HIV-Prävention behandelt worden ist.

Es ist davon auszugehen, dass die Jugendämter in den vergangenen 5 Jahren sehr unterschiedliche Projekte, Fachtagungen und andere Präventionsmaßnahmen in eigener Verantwortung durchgeführt bzw. gefördert haben. Erkenntnisse von Wirkungsforschungsergebnissen einzelner oder größerer Präventionsprojekte der kommunalen Behörden liegen der Landesregierung nicht vor.

Bei der Umsetzung der Rahmenlehrpläne des Landes Brandenburg gibt es vielfältige Möglichkeiten HIV/Aids im Unterricht zu thematisieren. Statistische Erhebungen liegen dazu nicht vor.

Auf Initiative der sechs Staatlichen Schulämter werden in unterschiedlichem Umfang Fortbildungsveranstaltungen für Beraterinnen und Berater des übergreifenden Themenkomplexes Gesundheit sowie für Kontaktlehrkräfte für Gesundheitsförderung und Suchtprävention in den Schulen angeboten. Diese organisieren dann thematische Veranstaltungen für Schulen, aber auch für einzelne Schulklassen.

Für junge Menschen wurde durch die Aids-Hilfe Potsdam e.V. ein neues Präventionskonzept entwickelt. Das Konzept „Sexuelle Gesundheit von jungen Menschen“ wird in Anlehnung an die Rahmenlehrpläne für unterschiedliche Altersstufen angeboten und umgesetzt.

Ziel des neuen Präventionskonzeptes ist es, bei Heranwachsenden die Wahrnehmungs-, Kommunikations- und Handlungsfähigkeit in Bezug auf das Thema Liebe zu fördern. Geboten werden Bausteine, die die Lehrerin bzw. der Lehrer nach den Bedürfnissen der Klasse zusammenstellen kann.

In der Vorbereitung der Projekte wird eng mit dem pädagogischen Personal zusammengearbeitet. Die Methoden sind auf einen hohen Aktivitätsanteil der Teilnehmerinnen und Teilnehmer ausgerichtet.

Die Aids-Hilfe Potsdam e.V. hat dieses neue Konzept bereits vierzehnmal an verschiedenen Brandenburger Schulen erfolgreich umgesetzt.

Statistische Erhebungen liegen dazu nicht vor.

Eine Zusammenarbeit der Aids-Hilfe Potsdam e.V. mit Jugendhaft- und Jugendarrestanstalten sowie mit der Polizei findet derzeit noch nicht statt.

2006 wird durch die Initiative Brandenburg - Gemeinsam gegen Aids eine Bestandsaufnahme erarbeitet, die Aufschluss über Präventionsangebote für Männer, die Sex mit Männern haben, im Land Brandenburg geben soll. Ziel dabei ist es, Partner für die Umsetzung der Präventions- und Informationsangebote für die genannte Zielgruppe zu gewinnen.

4. Welche privaten, kirchlichen, gewerkschaftlichen und/oder karitativen Initiativen und Einrichtungen gab und gibt es nach den Erkenntnissen der Landesregierung seit dem Jahre 2000 im Land Brandenburg – außer den unter Ziffer 2 der Antwort zu Frage 3 der Kleinen Anfrage, Drucksache 4/2334, bereits benannten – insgesamt, die sich
- a) mit welchen konkreten Maßnahmen, Projekten und Kampagnen im Sinne von Frage 3 befassten oder befassen und
 - b) welche Fördermittel des Landes in welcher konkreten Höhe wurden in den einzelnen Jahren ab 2000 an welche dieser Initiativen und Einrichtungen, einschließlich der unter Ziffer 2 der Antwort zu Frage 3 der Kleinen Anfrage, Drucksache 4/2334, für welche konkreten Maßnahmen, Projekte und Kampagnen mit welchen genauen Zielsetzungen in welchen Zeiträumen gewährt und ausgereicht?

Zu Fragen 4a) und b):

Außer den unter Ziffer 2 der Antwort zu Frage 3 der Kleinen Anfrage, Drucksache 4/2334 bereits benannten Einrichtungen sind der Landesregierung keine weiteren Einrichtungen bekannt.

5. Inwieweit beabsichtigt die Landesregierung
- a) in der laufenden Legislaturperiode bis 2009, außer den unter Ziffer 1 zu Frage 3 der Kleinen Anfrage, Drucksache 4/2334, genannten, weitere konkrete Maßnahmen, Projekte und/oder Kampagnen im Sinne von Frage 3 mit welchen genauen Inhalten zum Zwecke der Aufklärung über die HIV-Gefahren und zur Eindämmung des Ansteckungsrisikos im Land Brandenburg und
 - b) inwieweit beabsichtigt die Landesregierung in der laufenden Legislaturperiode bis 2009 aus welchen genauen Gründen bereits laufende konkreten Maßnahmen, Projekte und/oder Kampagnen im Sinne von Frage 3 einzustellen oder auslaufen zu lassen?

Zu Fragen 5a) und b):

Derzeit beabsichtigt die Landesregierung weder die Durchführung bzw. Förderung weiterer noch die Einstellung laufender Maßnahmen, Projekte und/oder Kampagnen.

6. Inwieweit beabsichtigt die Landesregierung
- a) in der laufenden Legislaturperiode bis 2009 welche weiteren oder neuen konkreten Maßnahmen, Projekte und/oder Kampagnen im Sinne von Frage 3 privater, kirchlicher, gewerkschaftlichen und/oder karitativer Initiativen oder Einrichtungen mit welchen genauen Zielen zusätzlich oder anstelle auslaufender Maßnahmen, Projekte und/oder Kampagnen mit Landesmitteln zu unterstützen,

- b) die staatliche Förderung solcher Maßnahmen, Projekte und/oder Kampagnen mit jeweils welchen exakten Zielen, die seitens privater, kirchlicher, gewerkschaftlicher und/oder karitativer Initiativen oder Einrichtungen gegenwärtig durchgeführt werden, im Verlaufe dieser Legislaturperiode bis 2009 aus welchen genauen Gründen einzustellen beziehungsweise auslaufen zu lassen?

Zu Fragen 6a) und b):

Eine Unterstützung oder Einstellung von Maßnahmen, Projekten und/oder Kampagnen im Sinne der Frage 3 ist derzeit von der Landesregierung nicht beabsichtigt.

7. Mit welchen tatsächlich gezahlten Geldbeträgen sowie mit welchen sonstigen geldwerten Leistungen in konkreten Zahlen wurden in den einzelnen Jahren ab 2000 aus Landesmitteln jeweils insgesamt staatliche, kommunale, private, gewerkschaftliche und karitative Maßnahmen, Projekte, Initiativen und/oder Kampagnen im Sinne von Frage 3 finanziert, unterstützt oder gefördert?

Zu Frage 7:

Ausgezahlte Haushaltsmittel für die HIV/Aids-Arbeit im Land Brandenburg insgesamt:

2000	236.628,- DM
2001	236.841,- DM
2002	130.119,- EUR
2003	147.443,- EUR
2004	155.543,- EUR
2005	158.621,- EUR

davon für die vom Land geförderten Vereine und Projekte:

	Aids-Hilfe Potsdam e. V.	Belladonna e.V.	DRK Präventionsprojekt im LK Dahme-Spreewald
	Für landesweite Koordinierungsaufgaben sowie für Aufgaben im Rahmen der Initiative Brandenburg – Gemeinsam gegen Aids (siehe Antwort zu Frage 3)	Für die Aids-Präventionsarbeit im Prostitutionsbereich in der Grenzregion zu Polen	Für die Aids-Präventionsarbeit in Schulen in den Landkreisen Teltow-Fläming und Dahme-Spreewald
2000	120.000,- DM	110.060,- DM	6.568,- DM
2001	120.000,- DM	110.000,- DM	6.841,- DM
2002	57.220,- EUR	69.378,- EUR	3.521,- EUR
2003	71.575,- EUR	72.144,- EUR	3.724,- EUR
2004	76.695,- EUR	75.000,- EUR	3.848,- EUR
2005	80.000,- EUR	75.000,- EUR	3.621,- EUR

8. Von welchen tatsächlich zu zahlenden Geldbeträgen sowie Bereitstellungen sonstiger geldwerter Leistungen aus Landesmitteln geht die Landesregierung gegenwärtig für die einzelnen Jahre dieser laufenden Legislaturperiode bis 2009 insgesamt für die Finanzierung, Unterstützung oder Förderung staatlicher, kommunaler, privater, gewerkschaftlicher und karitativer Maßnahmen, Projekte, Initiativen und/oder Kampagnen im Sinne von Frage 2 aus?

Zu Frage 8:

Die Landesregierung beabsichtigt, die vorhandenen Strukturen der Aids-Präventionsarbeit auch weiterhin im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel zu unterstützen.

9. Wie gestaltete und wie gestaltet sich aus Sicht der Landesregierung ab 2000 in den Bereichen der HIV-Prävention und der HIV-Therapien die Zusammenarbeit mit dem Land Berlin?
- a) Inwieweit verfolgten und verfolgen die Länder Brandenburg und Berlin aus Sicht der Landesregierung in diesem Zusammenhang gemeinsame Ziele und inwieweit sind sie sich über die für das Erreichen dieser Ziele notwendigen und sinnvollen Maßnahmen, Projekte und/oder Kampagnen politisch einig?
 - b) Welche genauen gemeinsamen Maßnahmen, Projekte und/oder Kampagnen des Landes Brandenburg und des Landes Berlin mit welchen konkreten Zielen gab und gibt es in diesem Zusammenhang seit der deutschen Wiedervereinigung?
 - c) Welche genauen gemeinsamen Maßnahmen, Projekte und/oder Kampagnen des Landes Brandenburg und des Landes Berlin mit welchen konkreten Zielen sind für die Zukunft bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode des Landes Brandenburg 2009 in diesem Zusammenhang vereinbart, geplant beziehungsweise in Verhandlung?
 - d) Wie gestalteten beziehungsweise gestalten sich bei vergangenen und bei laufenden gemeinsamen Maßnahmen, Projekten und/oder Kampagnen des Landes Brandenburg mit dem Land Berlin die Vergangenheit jeweils in konkreten Zahlen die Finanzierungsanteile beider Länder?
 - e) Wie gestaltet sich aus Sicht der Landesregierung konkret der Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen den Ländern Brandenburg und Berlin einschließlich ihrer Einrichtungen auf den Feldern der HIV-Prävention sowie der HIV-Therapien?
(Bitte möglichst detaillierte Angaben machen!)
 - f) Auf welchen konkreten Feldern der HIV-Prävention sowie der HIV-Therapien besteht aus Sicht der Landesregierung bei der Zusammenarbeit der Länder Brandenburg und Berlin welcher genaue Verbesserungsbedarf?

Zu Fragen 9a) bis f):

Die Aids-Problematik stellt sich in den Ländern Berlin und Brandenburg sehr unterschiedlich dar. Dem-entsprechend unterschiedlich sind auch die von den Ländern Berlin und Brandenburg zu erfüllenden Aufgaben.

Die Zusammenarbeit der Länder Berlin und Brandenburg auf den Feldern der HIV-Prävention sowie der HIV-Therapie ist gut. Ein Verbesserungsbedarf besteht nicht.

Der Informations- und Erfahrungsaustausch findet im Rahmen routinemäßiger Kontakte sowie im Rahmen des Bund-Länder-Gremiums zur Koordinierung von Maßnahmen der Aids-Aufklärung statt.

Zwischen den für Prävention und Therapie zuständigen Einrichtungen in Berlin und Brandenburg findet eine intensive Zusammenarbeit statt. Die Hauptakteure dieser Zusammenarbeit sind die Aids-Hilfe Potsdam e.V. und die Aids-Hilfen Berlin sowie die Schwerpunktambulanzen in Berlin und Brandenburg.

10. Welche konkreten Auswirkungen und welche konkreten Gefahren ergeben sich nach Einschätzung der Landesregierung aufgrund der räumlichen Nähe Brandenburgs zu Berlin für die Bevölkerung des Landes Brandenburg wegen der in den Pressemeldungen dargestellten erheblich gestiegenen sowie mutmaßlich weiter steigenden HIV-Neuinfizierungen im Land, und zwar bezogen auf
- a) den engeren Verflechtungsraum Brandenburgs zu Berlin,
 - b) den äußeren Entwicklungsraum des Landes Brandenburg,
 - c) die Risiken für die brandenburgische Bevölkerung insgesamt,
 - d) die Risiken speziell für Jugendliche und junge Erwachsene bis zum 25. Lebensjahr,
 - e) Risiken aufgrund der gemeinsamen Nutzung von Freizeit- und Vergnügungseinrichtungen, vor allem von Jugendlichen und jungen Erwachsenen,
 - f) die Risiken aufgrund der Verflechtungen der so genannten Drogenszenen beider Länder, insbesondere im berlinnahen Raum und
 - g) die einzelnen so genannten Risikogruppen sowie die insoweit bestehenden wechselseitigen Verflechtungen vor allem persönlicher und freizeitgestalterischer Natur?

Zu Fragen 10a) bis g):

Erkenntnisse über die unter a) bis g) genannten Risiken bestimmter Gruppen, Szenen, Verhaltensweisen und Verflechtungen liegen der Landesregierung nicht vor.

11. Was sind aus Sicht der Landesregierung die konkreten Ursachen für das nunmehr festzustellende Ansteigen der HIV-Neuinfektionen in der jüngsten Zeit; inwieweit ist dies insbesondere zurückzuführen auf
- a) mangelnde Aufklärung der Gesamtbevölkerung in den letzten Jahren,
 - b) mangelnde Aufklärung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen bis zum 25. Lebensjahr in den letzten Jahren,
 - aa) im staatlich-schulischen Bereich und/oder
 - bb) im häuslichen Bereich,
 - c) Tendenzen einer Verharmlosung der HIV-Risiken innerhalb der Gesamtgesellschaft,
 - d) die Folgen eines allgemein zunehmenden Werteverfalls in Deutschland,
 - e) die Folgen zunehmender sozialer Verwerfungen, vor allem in urbanen Regionen unseres Landes,
 - f) die Folgen zunehmenden Drogenmissbrauchs beziehungsweise einer verfehlten Drogenpolitik,

- g) Prostitution einschließlich mangelnder gesundheitlicher Betreuung von sich prostituierenden Personen,
- h) einen womöglich konkret im Zusammenhang mit der HIV-Prävention ambivalent wirkenden Umgang mit so genannten Risikogruppen in den vergangenen Jahren, insbesondere
 - aa) seitens der Politik oder deren Repräsentanten,
 - bb) in den Massenmedien oder
 - cc) durch sonstige gesellschaftlich relevante Gruppen oder Kreise?

Zu Fragen 11a) bis g) sowie deren Unterbuchstaben:

Die der Landesregierung bekannten Ursachen für den Anstieg der HIV-Infektionen sind in der Antwort zu Frage 1a) genannt.

12. Inwieweit liegen der Landesregierung bereits aktuelle und fundierte Erkenntnisquellen, vor allem Sachverständigengutachten und/oder Stellungnahmen aus der Wissenschaft im Hinblick auf die Themen der Fragestellungen der Fragen 10 und 11 mit welchen konkreten Aussagen zu diesen Fragestellungen im Einzelnen vor?

Zu Frage 12:

Die Landesregierung stützt sich bezüglich der HIV/Aids-Problematik u. a. auf folgende Erkenntnisquellen:

RKI – Epidemiologisches Bulletin,
Halbjährliche Veröffentlichung der aktuellen epidemiologischen Daten zu HIV-Infektionen und Aids- Erkrankungen in Deutschland;

RKI – STD (sexuell übertragbare Krankheiten) – Sentinel,
Surveillance der sexuell übertragbaren Infektionen in Deutschland;

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) – Aids im öffentlichen Bewusstsein der Bundesrepublik Deutschland,
Wissen, Einstellungen und Verhalten zum Schutz vor Aids, Wiederholungsbefragung der BZgA, seit 1987 langfristig angelegte Studie mit jährlich stattfindenden bundesweiten Umfragen bei der über 16-jährigen Allgemeinbevölkerung der Bundesrepublik Deutschland zur Evaluation der Aids- Aufklärungskampagne;

Sozialpädagogisches Institut Forschung gGmbH (SPI) – Expertise: Gesundheitsämter im Wandel,
Die Arbeit der Beratungsstellen für STD's und Aids vor dem Hintergrund des neuen Infektionsschutzgesetzes, eine Befragung von Experten im Herbst 2000;

UNAIDS und WHO – Die Aids-Epidemie,
Statusbericht Aids, Einschätzung der globalen Entwicklung der Aids- Epidemie.

Zu den im Hinblick auf die Fragen 10 und 11 ableitbaren Aussagen aus diesen Erkenntnisquellen vergleiche die Antworten auf die Fragen 10 und 11.

Da die Zahl der HIV-Neuinfektionen laut Berichten des RKI in den letzten Jahren besonders im MSM-Bereich angestiegen ist und auch weiter ansteigt, laufen derzeit Studien in diesem Bereich (u. a. initiiert vom RKI, der BZgA und dem Wissenschaftszentrum Berlin). Deren Ergebnisse liegen noch nicht vor.

13. Inwieweit beabsichtigt die Landesregierung, im Hinblick auf die Themen der Fragestellungen der Fragen 10 und 11 gegenwärtig oder in absehbarer Zukunft ergänzend fundiertes Erkenntnismaterial, insbesondere Gutachten und/oder Stellungnahmen aus der Wissenschaft einzuholen?

Zu Frage 13:

Seitens der Landesregierung wird derzeit nicht beabsichtigt, entsprechende Gutachten und/oder Stellungnahmen aus der Wissenschaft einzuholen.

14. Welchen konkreten Einfluss hat nach den Erkenntnissen der Landesregierung die EU-Osterweiterung auf das Ansteigen der HIV-Infektionen in Deutschland und gegebenenfalls auch in Brandenburg in den letzten Jahren?
- a) Inwieweit ergeben sich insoweit aus Sicht der Landesregierung insbesondere erhöhte Risiken aufgrund
 - aa) der Folgen erleichterten Einreisens nach Deutschland sowie in die angrenzenden neuen EU-Mitgliedsstaaten aus ost- und südosteuropäischen Staaten nach dem Fall des „Eisernen Vorhanges“ vor und nach der EU-Osterweiterung im Jahre 2004,
 - bb) der grenzüberschreitenden Prostitution, insbesondere der so genannten „Straßenprostitution“, in den - an die neuen Bundesländer - angrenzenden Regionen der neuen EU-Mitgliedstaaten,
 - cc) des grenzüberschreitenden Drogenhandels und des dadurch geförderten Drogenkonsums in Brandenburg und in den angrenzenden Regionen der Republik Polen,
 - dd) gemeinsamer, dies- und jenseits der Grenze genutzter Jugend- und Freizeiteinrichtungen sowie der dort bestehenden einschlägigen Drogenszenen, und
 - b) welcher Handlungsbedarf für welche konkreten Maßnahmen oder Programme ergibt sich hieraus aus Sicht der Landesregierung, und zwar
 - aa) für zusätzliche Maßnahmen oder Programme des Landes Brandenburg sowie
 - bb) für zusätzliche Maßnahmen oder Programme aufgrund gemeinsamen Handelns des Landes Brandenburg mit neuen EU-Mitgliedstaaten, insbesondere der Republik Polen?

Zu Fragen 14a) und b) sowie deren Unterbuchstaben:

Die Landesregierung betrachtet es als dringend erforderlich, die HIV-Prävention sowohl an der alten als auch an der neuen EU-Außengrenze erheblich zu verstärken. Aus diesem Grund hat die Landesregierung das aus EU-Mitteln geförderte Projekt BORDERNET initiiert.

In dem Projekt BORDERNET geht es um die Förderung der grenzüberschreitenden regionalen Zusammenarbeit im Bereich Prävention, Diagnostik, Therapie und um die Übertragung von Erfahrungen und Strukturen der HIV/Aids-Prävention aus der Grenzregion der alten EU-Ostgrenze an die neue EU-Ostgrenze.

15. Welche Entwicklungen in konkreten Zahlen ergeben sich nach den Erkenntnissen der Landesregierung in den jeweiligen im Jahre 2004 der Europäischen Union beigetretenen neuen EU-Mitgliedstaaten im Hinblick auf HIV-Neuinfizierungen, bezogen auf die letzten Jahre ab 2000?
- a) Was sind nach den Erkenntnissen der Landesregierung die exakten Ursachen für diese Entwicklungen,
 - b) welche Bevölkerungs- und Risikogruppen sind nach den Erkenntnissen der Landesregierung für diese Entwicklung bei den HIV-Neuinfizierungen in den neuen EU-Mitgliedsstaaten prägend und
 - c) inwieweit ergeben sich nach den Erkenntnissen der Landesregierung aufgrund dieser Entwicklungen in den neuen EU-Mitgliedstaaten Unterschiede zu den Entwicklungen in Deutschland und speziell im Land Brandenburg?

Zu Fragen 15a) bis c):

Die Zahlen sind laut EuroHIV² seit 2000 relativ konstant. Der Bericht von EuroHIV ist im Internet unter www.eurohiv.org abzurufen.

Ein Anstieg an HIV-Neuinfektionen in den neuen Mitgliedsstaaten betrifft vor allem intravenöse Drogenkonsumenten.

In Deutschland und in Brandenburg gelten als Zielgruppen der Aids-Prävention grundsätzlich alle Menschen.

Zentrale Zielgruppen der Schutzbotschaften sind vor allem die Menschen, die Infektionsrisiken eingehen oder in deren Lebensweise besonders häufige Risikosituationen auftreten.

Entsprechend den epidemiologischen Daten des RKI sind dies in Deutschland heute vor allem:

- Männer, die Sex mit Männern haben (MSM)
- Menschen aus HIV-Hochprävalenzgebieten
- i. V. drogengebrauchende Menschen
- Sexualpartnerinnen und Sexualpartner dieser Gruppen.

16. Mit welchen konkreten Maßnahmen und Programmen reagierten und reagieren nach den Erkenntnissen der Landesregierung die einzelnen neuen EU-Mitgliedstaaten in den letzten zehn Jahren bis heute eigenständig sowie mit eigenen Mitteln auf die in ihren Ländern festzustellenden Entwicklungen der HIV-Neuinfizierungen in den letzten Jahren, und zwar differenziert nach
- a) Maßnahmen und Programmen zur Prävention und Aufklärung, insbesondere
 - aa) in den Bereichen der Erwachsenenbildung, im Bereich familienpolitischer Maßnahmen sowie im Rahmen gesundheitspolitischer Maßnahmen,
 - bb) an Schulen, in Bildungs- und Jugendreinrichtungen,

2 EuroHIV koordiniert die Überwachung von HIV und Aids in 51 Ländern der europäischen WHO-Regionen.

- cc) im Rahmen polizeilicher Arbeit, in Justizvollzugseinrichtungen sowie durch Jugendämter oder vergleichbare Einrichtungen sowie
 - dd) speziell gegenüber so genannten Risikogruppen, insbesondere in den Bereichen der Prostitution, Drogenszenen, Homosexualität sowie in Einrichtungen für Drogen- und Suchttherapien,
- b) Maßnahmen und Programmen mit eher repressivem Charakter, insbesondere in Gestalt von
- aa) Meldepflichten für HIV-Neuinfektionen und
 - bb) obligatorischen Untersuchungen im Hinblick auf HIV-Infektionen,
- c) inwieweit wurden in der Zeit ab Vollzug der EU-Osterweiterung Mitte 2004 nach den Erkenntnissen der Landesregierung in den einzelnen neuen EU-Mitgliedstaaten jeweils Maßnahmen und Programme zur HIV-Prävention einschließlich der damit angesprochenen Gesellschafts- und Risikogruppen im Sinne der vorstehenden Fragen a), Buchstaben aa) bis dd), und b), Buchstaben aa) und bb), mit welchen exakten Zielen und messbaren Ergebnissen neu eingeführt, verändert oder eingestellt,
- d) welche genauen tatsächlichen Auswirkungen hat dies auf das Land Brandenburg,
- e) welche konkreten Folgerungen ergeben sich aus diesen Umständen für die Landesregierung sowie für deren Aktivitäten zur AIDS-Prävention im Land Brandenburg?

Zu Frage 16a):

Der Landesregierung ist bekannt, dass es in Polen Prävention und Beratung im Bereich HIV/Aids gibt. Beispiele dafür sind das Projekt „TADA“ in der Wojewodschaft Zachodniopomorskie und ein an der Universität in Zielona Gora (Wojewodschaft Lubuskie) angegliedertes Projekt.

Die Schaffung von zusätzlichen Beratungs- und Testangeboten in Polen (Testpunkte in jeder Wojewodschaft) ist ein Ziel des EU-Projektes BORDERNET.

Eine Übersicht über Maßnahmen und Programme der HIV-Prävention und –Aufklärung in den neuen EU-Mitgliedstaaten liegt der Landesregierung nicht vor.

Zu Fragen 16b) bis d) sowie deren Unterbuchstaben:

Der Landesregierung liegen hierzu keine Erkenntnisse vor.

Zu Frage 16e):

Für die Landesregierung ergibt sich die Folgerung, dass eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit den neuen EU-Mitgliedstaaten im Hinblick auf HIV/Aids und STD-Prävention, -Diagnostik und –Therapie erforderlich ist. Aus diesem Grund wurde seitens der Landesregierung das EU-Projekt BORDERNET initiiert.

17. Inwieweit hat das Land Brandenburg in den vergangenen zehn Jahren mit welchen der heutigen neuen EU-Mitgliedstaaten im Land Brandenburg oder/und in welchen der neuen EU-Mitgliedsstaaten – über die in den Antworten zu Frage 3, Ziffer 3, der Kleinen Anfrage, Drucksache 4/2334, erwähnten Gesprächen mit Wojewodschaften der Republik Polen – im Rahmen der Aids-Bekämpfung welche konkreten gemeinsamen Maßnahmen in welchen exakten Zeiträumen betrieben oder finanziell gefördert, und zwar durch
- a) Maßnahmen zum Zwecke der Prävention und Aufklärung
 - aa) in den Bereichen der Erwachsenenbildung, im Bereich familienpolitischer Maßnahmen sowie im Rahmen gesundheitspolitischer Maßnahmen,
 - bb) an Schulen, in Bildungs- und Jugendeinrichtungen,
 - cc) im Rahmen polizeilicher Arbeit, in Justizvollzugseinrichtungen sowie durch Jugendämter und
 - dd) speziell gegenüber so genannten Risikogruppen sowie in Einrichtungen für Drogen- und Suchttherapien und
 - b) Maßnahmen und Programmen mit eher repressivem Charakter, insbesondere in Gestalt von
 - aa) Meldepflichten für HIV-Neuinfektionen und
 - bb) obligatorischen Untersuchungen im Hinblick auf HIV-Neuinfektionen?
 - c) Welche konkreten Inhalte soll das in den Antworten der Landesregierung zu Frage 3, Ziffer 3, der Kleinen Anfrage, Drucksache 4/2334, angesprochene gemeinsame EU-Projekt mit anderen Partnern haben, beziehungsweise über welche genauen Inhalte konnte insoweit mit welchen anderen Partnern Einvernehmen erzielt werden?
 - aa) Welche genauen Ziel- beziehungsweise Risikogruppen sollen mit diesem EU-Projekt nach den Vorstellungen der Landesregierung und nach den Vorstellungen welcher anderer Partner erreicht werden,
 - bb) mit welchen konkreten Maßnahmen oder Programmen im Sinne der Fragen a) und b) soll dies nach den Vorstellungen der Landesregierung und nach den Vorstellungen welcher anderer Partner im Rahmen dieses EU-Projekts erfolgen,
 - cc) welche genauen Ziel- beziehungsweise Risikogruppen sollen mit welchen exakten Maßnahmen oder Programmen im Sinne der Fragen a) und b) nach den Vorstellungen der Landesregierung und der anderen Partner in Brandenburg, in welchen anderen Regionen Deutschlands und in welchen Regionen welcher EU-Partner erreicht werden,

- dd) welche Kosten sind durch dieses EU-Projekt bereits entstanden, welche voraussichtlichen weiteren Kosten in konkreten Zahlen sind mit diesem EU-Projekt verbunden und welche anteiligen Kosten tragen das Land Brandenburg, die einzelnen weiteren daran beteiligten Partner sowie gegebenenfalls die Europäische Union?
- d) Inwieweit beabsichtigt die Landesregierung in den kommenden Jahren bis 2009 – über das in den Antworten der Landesregierung zu Frage 3, Ziffer 3, der Kleinen Anfrage, Drucksache 4/2334, erwähnte EU-Projekt hinaus - gemeinsam mit welchen neuen EU-Mitgliedstaaten welche konkreten Maßnahmen oder Programme im Sinne der Fragen 17 a) und 17 b) zu betreiben oder finanziell zu fördern?
- e) Inwieweit und seit wann findet nach den Erkenntnissen der Landesregierung zwischen im Land Brandenburg und in den neuen EU-Mitgliedstaaten vorhandenen Einrichtungen oder Organisationen, die sich mit der HIV-Prävention oder mit der Aids-Behandlung befassen, ein Austausch wissenschaftlicher Erfahrungen zur Verbesserung der HIV-Prävention und Aids-Forschung statt,
- f) Inwieweit ist nach den Erkenntnissen der Landesregierung zwischen Einrichtungen und Organisationen in Brandenburg und in den neuen EU-Mitgliedstaaten in den kommenden Jahren bis 2009 die Aufnahme oder Vertiefung eines solchen Austauschs im Sinne von Frage e) verabredet oder in Verhandlung?

Zu Frage 17a) sowie deren Unterbuchstaben:

Die Landesregierung betrieb oder förderte keine solche gemeinsamen Maßnahmen.

Zu Frage 17b) sowie deren Unterbuchstaben:

Derartige Maßnahmen und Programme hat die Landesregierung nicht betrieben oder finanziell gefördert.

Zu Frage 17c):

Inhalt des EU-Projektes BORDERNET ist es, vor dem Hintergrund des Beitritts der neuen EU-Mitgliedstaaten, der damit verbundenen Mobilität der Bevölkerung und den dramatisch ansteigenden HIV-Infektionen in Zentral- und Osteuropa, grenzüberschreitende Zusammenarbeit in den Bereichen HIV- und STD-Prävention, -Diagnostik und -Therapie aufzubauen. In einem zweiten Schritt sollen die entwickelten Konzepte und Strukturen in Tandemregionen an den neuen EU-Außengrenzen (zur Ukraine, Weißrussland etc.) implementiert werden.

Zu Frage 17c), Unterbuchstabe aa):

Prävention, Diagnostik und Therapie richten sich an die Gesamtbevölkerung. Zielgruppen des EU-Projektes sind die Gesamtbevölkerung, Prostituierte und deren Freier.

Zu Frage 17c), Unterbuchstabe bb):

Die Inhalte des EU-Projektes BORDERNET werden - bezogen auf die Frage 17a) - mit präventiven Maßnahmen z.B. über Medien, über Schulprojekte und durch aufsuchende Arbeit im Prostitutionsmilieu umgesetzt.

Maßnahmen mit repressivem Charakter sind nicht Gegenstand des EU-Projektes.

Zu Frage 17c), Unterbuchstabe cc):

Die unter aa) genannten Zielgruppen sollen mit den unter bb) genannten Maßnahmen und Programmen außer in Brandenburg in folgenden anderen Regionen/Staaten erreicht werden: Mecklenburg-Vorpommern, Zachodniopomorskie, Lubuskie, Podlaskie, Lubelskie (Wojewodschaften in Polen), Österreich, Slowakei, Italien und Slovenien.

Zu Frage 17c), Unterbuchstabe dd):

Die EU stellt für das Projekt BORDERNET für eine Laufzeit von 3 Jahren (2005-2007) insgesamt 1.000.000,00 EUR zur Verfügung. Die Kofinanzierung (rund 50 %) wird von den beteiligten Ländern übernommen. Zur Durchführung von BORDERNET stehen für alle Beteiligten insgesamt 2.009.094,36 EUR zur Verfügung.

Finanzierungsplan für BORDERNET insgesamt:

	Deutschland	Polen	Österreich	Slowakei	Italien	Slowenien
EU-Anteil	555.042,37 €	125.139,22 €	94.814,54 €	55.000,- €	90.003,87 €	80.000,- €
Eigenanteil Länder	564.995,48 €	125.887,11 €	93.209,80 €	55.003,74 €	90.003,87 €	79.994,35 €

Finanzierungsplan für BORDERNET in Brandenburg:

	Aids-Hilfe Potsdam e.V.	Belladonna e.V.
EU-Anteil	59.999,04 €	85.002,70 €
Eigenanteil Land Brandenburg	59.999,04 €	85.002,70 €

Zu Frage 17d):

Hierzu hat die Landesregierung bisher keine Entscheidungen getroffen.

Zu Fragen 17e) und f):

Nach Kenntnis der Landesregierung fand ein regelmäßiger Austausch wissenschaftlicher Erfahrungen zur Verbesserung von HIV-Präventionen in der Laufzeit von UMBRELLA-Network statt. Mit Beginn des EU-Projektes BORDERNET im Jahr 2005 ist dieser Erfahrungsaustausch neu aufgenommen worden.

18. Welche konkreten Maßnahmen und Programme zur Eindämmung von HIV-Neuinfektionen bietet nach den Erkenntnissen der Landesregierung unmittelbar die Europäische Union an, und zwar ebenfalls differenziert nach der Natur der Maßnahmen oder Programme
- zum Zwecke der Prävention und Aufklärung, untergliedert nach den einzelnen Lebensbereichen im Sinne von Frage 16 a), Buchstaben aa) bis dd),
 - mit eher repressivem Charakter im Sinne von Frage 16 b), Buchstaben aa) und bb) und
 - inwieweit und in welcher Höhe stellte in den einzelnen letzten zehn Jahren bis heute die Europäische Union hierzu finanzielle Mittel bereit, welche
 - das Land Brandenburg in Anspruch nahm oder nimmt,
 - nach den Erkenntnissen der Landesregierung selbständige Einrichtungen des Landes Brandenburg in Anspruch nahmen oder/und nehmen,

- cc) nach den Erkenntnissen der Landesregierung Kommunen oder deren Einrichtungen des Landes Brandenburg in Anspruch nahmen oder/und nehmen,
- dd) nach den Erkenntnissen private Einrichtungen oder Organisationen, die im Land Brandenburg in den Bereichen der HIV-Prävention oder -Therapie tätig sind, in Anspruch nahmen oder/und nehmen,
- ee) nach den Erkenntnissen der Landesregierung die im Jahre 2004 der Europäischen Union beigetretenen neuen EU-Mitgliedstaaten, deren Einrichtungen oder Kommunen in Anspruch nahmen oder/und nehmen,
- ff) nach den Erkenntnissen der Landesregierung in den neuen EU-Mitgliedstaaten in den Bereichen der HIV-Prävention oder -Therapie aktive private Einrichtungen oder Organisationen in Anspruch nahmen oder/und nehmen?
- gg) Wie hoch waren nach den Erkenntnissen der Landesregierung in konkreten Zahlen die seitens der Europäischen Union für diese Zwecke bereitgestellten Mittel jeweils in den letzten zehn Jahren bis heute insgesamt für Deutschland, für alle neuen, im Jahre 2004 beigetretenen EU-Mitgliedstaaten und für alle EU-Mitgliedstaaten und
- hh) sind nach den Erkenntnissen der Landesregierung in diese EU-Fördermaßnahmen auch Staaten einbezogen, mit denen Assoziationsabkommen bestehen (die so genannten Kandidatenländer Rumänien, Bulgarien, Kroatien sowie Türkei) und, wenn ja, in welcher Höhe in konkreten Zahlen jeweils in den letzten zehn Jahren?

Zu Fragen 18a) und b):

Die EU fördert im Rahmen des Aktionsprogramms der Gemeinschaft im Bereich der öffentlichen Gesundheit (2003-2008) im Bereich von Sexual- u. Reproduktionsgesundheit die Entwicklung von Strategien zur Gesundheitsförderung und von vorbildlichen Verfahren zum Umgang mit Familienplanung und Prävention von sexuell übertragbaren Krankheiten, wie z. B. HIV/Aids.

Zu Frage 18c), Unterbuchstabe aa):

Das Land Brandenburg hat solche Mittel nicht in Anspruch genommen.

Zu Frage 18c), Unterbuchstaben bb) und cc):

Nach Kenntnis der Landesregierung haben die genannten Körperschaften und Einrichtungen solche Mittel nicht in Anspruch genommen.

Zu Frage 18c), Unterbuchstabe dd):

Im Rahmen des EU-Projektes BORDERNET erhalten die Aids-Hilfe Potsdam e.V. 59.999,04 EUR und Belladonna e.V. 85.002,70 EUR für die Aufgabenübernahme innerhalb des EU-Projektes für die Jahre 2005-2007 von der EU. Über eine Zuteilung dieser Summen nach Jahren liegen der Landesregierung keine Kenntnisse vor.

Zu Frage 18c), Unterbuchstaben ee), ff) und gg):

Siehe hierzu Antwort auf Frage 17c, Unterbuchstabe dd).

Der Landesregierung liegen keine Kenntnisse darüber vor, an welche Träger in den neuen EU-Mitgliedsstaaten diese Mittel fließen und wie diese Mittel auf die einzelnen Jahre verteilt sind.

Zu Frage 18c), Unterbuchstabe hh):

Der Landesregierung liegen hierzu keine Erkenntnisse vor.

19. Gab oder gibt es nach den Erkenntnissen der Landesregierung in den letzten zehn Jahren bis heute von sonstigen internationalen Institutionen – etwa der WHO – Programme zur Eindämmungen von HIV-Neuinfektionen oder Fördermittel für solche Programme in Brandenburg, in Deutschland, in den 2004 der Europäischen Union neu beigetretenen Mitgliedstaaten und/oder in Staaten, mit denen Assoziationsabkommen bestehen und, wenn ja,
- a) um welche konkreten Programme oder Maßnahmen welcher genauen internationalen Institution beziehungsweise welche konkreten und von welcher genauen internationalen Institution geförderten Programme, Maßnahmen und Einrichtungen beziehungsweise Organisationen im Sinne von Frage 17, Buchstaben a), aa) bis dd), und 18, Buchstaben c), cc) bis ff), handelte es sich hierbei,
 - b) in welcher Höhe in konkreten Zahlen sowie mit welcher genauen zeitlichen Dauer wurden Fördermittel für solche Programme, Maßnahmen oder Einrichtungen in Anspruch genommen und
 - c) inwieweit standen in den vergangenen zehn Jahren nach den Erkenntnissen der Landesregierung in jeweils welcher Höhe in konkreten Zahlen Fördermittel für Programme, Maßnahmen oder Einrichtungen staatlicher, kommunaler oder privater Träger im Land Brandenburg zur Eindämmung von HIV-Neuinfektionen oder zur Therapie HIV-Infizierter seitens internationaler Institutionen zwar bereit, wurden aber in welcher genauen Höhe und aus welchen exakten Gründen nicht in Anspruch genommen?

Zu Fragen 19a bis c)

In Brandenburg gab und gibt es nach den Erkenntnissen der Landesregierung solche Programme nicht.

Ob es in Deutschland, in den 2004 der Europäischen Union neu beigetretenen Mitgliedstaaten oder/und in Staaten, mit denen Assoziationsabkommen bestehen, solche Programme gab oder gibt, ist der Landesregierung nicht bekannt.

20. Welche konkreten Erkenntnisse liegen der Landesregierung darüber vor, wie sich in anderen EU-Mitgliedstaaten (ohne die 2004 beigetretenen neuen EU-Mitgliedstaaten) beziehungsweise in anderen dortigen Regionen in den vergangenen zehn Jahren bis heute die Zahlen der HIV-Neuinfektionen jeweils entwickelt haben?
- a) Welche dort praktizierten Programme oder Maßnahmen im Sinne von Frage 16 erwiesen sich jeweils als besonders erfolgreich, welche als weniger erfolgreich,
 - b) welche konkreten Schlüsse zieht die Landesregierung hieraus für das Land Brandenburg,

- c) inwieweit beziehungsweise im Rahmen welcher Projekte mit welchen konkreten Programmen oder Maßnahmen für welche genauen Ziel- oder Risikogruppen kooperierte das Land Brandenburg in den vergangenen zehn Jahren bis heute mit welchen dieser EU-Mitgliedstaaten und
- d) inwieweit findet oder fand in den vergangenen zehn Jahren bis heute hierüber zwischen dem Land Brandenburg beziehungsweise seinen Einrichtungen ein Erfahrungs- und Wissensaustausch mit anderen alten EU-Staaten beziehungsweise dortigen Regionen oder deren Einrichtungen statt?

Zu Frage 20:

Die Zahlen können dem Bericht von EuroHIV „HIV/Aids Surveillance in Europe“ unter der Internetadresse www.eurohiv.org entnommen werden.

Zu Frage 20a):

Der Landesregierung liegen hierzu keine Erkenntnisse vor.

Zu Frage 20b):

Entfällt (siehe Antwort zu Frage 20a).

Zu Frage 20c):

Im Rahmen des EU-Projektes BORDERNET kooperieren die an diesem Projekt beteiligten Einrichtungen im Land Brandenburg mit Partnereinrichtungen in den EU-Staaten Italien und Österreich.

Zu Frage 20d):

Zwischen den unter 20c) genannten Einrichtungen fand und findet ein Erfahrungs- und Wissensaustausch statt.

21. Wie gestaltet sich nach den Erkenntnissen der Landesregierung im Land Brandenburg bislang die praktische Umsetzung der in den Antworten zu Frage 1 der Kleinen Anfrage, Drucksache 4/2334, unter Ziffer 1 erwähnten „Initiative Brandenburg – Gemeinsam gegen AIDS – Präventionskonzept – „Sexuelle Gesundheit von jungen Menschen“; welche Erfolge haben sich hierbei ergeben und welche Defizite sind festzustellen?

- a) In welchem konkreten Umfang wurde nach den Erkenntnissen der Landesregierung bislang im Rahmen dieses Präventionskonzepts mit welchen exakten Veranstaltungsinhalten praktische Aufklärungsarbeit geleistet
 - aa) gegenüber den in Ziffer 2 des Präventionsprogramms genannten Zielgruppe und
 - bb) an den in Ziffer 2 dieses Präventionsprogramms genannten Zielorten?
- b) Welche konkreten Maßnahmen hält die Landesregierung im Rahmen dieses Präventionskonzepts für geeignet, die Zahl der HIV-Neuinfektionen in Brandenburg zu senken?
- c) Was genau ist unter einer bedürfnisgerechten Betreuung und Versorgung von HIV-infizierten Menschen im Sinne dieses Präventionskonzepts zu verstehen und inwieweit wird hiermit von der bisherigen Betreuungs- und Versorgungspraxis in Brandenburg abgewichen?

- d) Inwieweit wird dieses Präventionskonzept mittlerweile in der Praxis flächendeckend, also landesweit, in Brandenburg umgesetzt, und zwar
 - aa) gegenüber welchen genauen Zielgruppen im Sinne von Buchstaben a), aa),
 - bb) an welchen genauen Zielorten im Sinne von Buchstaben a), bb),
 - cc) in welchem konkreten Umfang und wo genau in Brandenburg wurden bisher im Sinne von Ziffer 5 dieses Präventionskonzepts jeweils Gruppenveranstaltungen und aktive Teilnahmen an Großveranstaltungen zum Zwecke der AIDS-Prävention durchgeführt und
 - dd) haben sich bei der bisherigen praktischen Umsetzung dieses Konzepts Präventionsschwerpunkte herauskristallisiert und - wenn ja - welche genau sind dies aus welchen exakten Gründen?
- e) Inwieweit ergibt sich aus Sicht der Landesregierung aus den bisherigen Umsetzungspraxis dieses Präventionskonzepts welcher genauer Veränderungs- oder Ergänzungsbedarf?

Zu Frage 21:

Das Präventionskonzept „Sexuelle Gesundheit von jungen Menschen“, das in der Antwort zu Frage 3 Ziffer 1 der Kleinen Anfrage, Drucksache 4/2334 erwähnt wird, wurde bisher für Schülerinnen und Schüler sowie für Multiplikatoren durchgeführt. Die im Rahmen des Konzeptes angebotenen Maßnahmen kommen bei den Schülerinnen und Schülern sowie bei den Multiplikatoren gut an. Aussagen über die Ergebnisqualität der bisher durchgeführten Maßnahmen können noch nicht getroffen werden. Als Defizit ist zu betrachten, dass es für die Umsetzung des Konzeptes an Kapazitäten fehlt, um der großen Nachfrage seitens der Schulen gerecht werden zu können.

Zu Frage 21a):

Das Konzept wurde bisher vierzehnmal an Brandenburger Schulen eingesetzt. Zu den Inhalten vergleiche Antwort auf Frage 22.

Zu Frage 21a), Unterbuchstabe aa):

Siehe Antwort auf Frage 21a)

Zu Frage 21a), Unterbuchstabe bb):

Das Präventionskonzept ist bisher an Allgemeinbildenden Schulen durchgeführt worden.

Zu Frage 21b):

Alle im Präventionskonzept enthaltenen Maßnahmen sind dazu geeignet.

Zu Frage 21c):

Das Thema von bedürfnisgerechter Betreuung und Versorgung von HIV-infizierten Menschen wird im Rahmen des Präventionskonzeptes „Sexuelle Gesundheit von jungen Menschen“ nicht behandelt.

Zu Frage 21d), Unterbuchstaben aa) bis dd):

Diese Fragen sind, soweit die Landesregierung hierzu Kenntnisse hat, mit den Antworten auf die Fragen 21 und 21a) beantwortet.

Zu Frage 21e):

Ergänzungsbedarf besteht im Hinblick auf die für die Umsetzung des Präventionskonzeptes zur Verfügung stehenden Kapazitäten.

22. Was genau ist mit den unter Ziffer 6 in dem Präventionskonzept der Initiative Brandenburg – Gemeinsam gegen AIDS – „Sexuelle Gesundheit von jungen Menschen“ genannten Begriffen „Grabbelsack“, „Black Box“ und „Bilder einer Ausstellung“ gemeint?
- Welche exakten Aufklärungsinhalte zur HIV-Prävention sind hiermit jeweils verknüpft,
 - an welche genauen Ziel- und Altersgruppen wenden sich diese Aufklärungsinhalte und
 - in welchen konkreten Zusammenhängen (etwa Kita, Bildungs- und Jugendeinrichtungen) werden diese Aufklärungsinhalte in Brandenburg vermittelt?

Zu Frage 22a) bis c)

Grabbelsack, Black-Box und Bilder einer Ausstellung sind Bausteine, die für den Einstieg bei Gruppengesprächen über Freundschaft, Partnerschaft und Sexualität eingesetzt werden können.

Grabbelsack:

Die Gesprächsteilnehmerin bzw. der Gesprächsteilnehmer zieht aus einem Sack oder Beutel, der kleine Alltagsgegenstände, wie z.B. Schlüssel, Ohrring, Parfüm, Kondom, Lippenstift, enthält, einen Gegenstand und stellt einen Zusammenhang zwischen diesem Gegenstand und dem Thema Sexualität und/oder HIV her.

Zielgruppe: 8. Klassen bis Berufsschulklassen

Black Box:

Die Gesprächsteilnehmerinnen und Gesprächsteilnehmer werden aufgefordert, ohne Namensangabe und bei Wunsch auch mit verstellter Schrift auf Kärtchen Fragen oder Themenbereiche zu schreiben, die sie im Hinblick auf Freundschaft, Liebe, Sexualität und Partnerschaft besonders interessieren und diese in eine „Black-Box“ - z.B. einen Schuhkarton - einzuwerfen.

Zielgruppe: 6. bis 8. Klassen

Bilder einer Ausstellung:

Verschiedene Bilder, die etwas mit Sexualität zu tun haben, werden für die Gesprächsteilnehmerinnen und -teilnehmer vorbereitet und im Klassenraum ausgelegt.

Die Jugendlichen gehen herum, betrachten die Bilder in Ruhe, vergleichen, sortieren, wählen jeweils ein Bild aus, das schöne, angenehme Situationen der Sexualität zeigt, und ein weiteres Bild, das als unangenehm, abstoßend empfunden wird.

Zielgruppe: 8. Klassen bis Berufsschulklassen

23. Welches konkrete Gefahrenpotential für HIV-Neuinfizierungen in Brandenburg und in Deutschland geht aus Sicht der Landesregierung von Menschen aus, welche mit Herkunft aus Nicht-EU-Staaten erlaubt, als Asylbewerber oder Flüchtlinge oder sogar illegal nach Deutschland und nach Brandenburg einreisen?
- Welche Personengruppen mit welcher sozialen und territorialen Herkunft waren hiervon nach den Erkenntnissen der Landesregierung in den vergangenen zehn Jahren bis heute jeweils in besonderem Maße betroffen,

- b) inwieweit bestehen in dieser Hinsicht besondere Risiken für Männer sowie durch HIV infizierte Männer,
- c) inwieweit bestehen in dieser Hinsicht besondere Risiken für Frauen sowie durch HIV infizierte Frauen,
- d) inwieweit bestehen in dieser Hinsicht besondere Risiken für Kinder und durch HIV infizierte Kinder,
- e) auf welche konkreten Lebensumstände oder Gefahren im Hinblick auf eine HIV-Infektion ist dies aus Sicht der Landesregierung in den betroffenen Herkunftsländern vornehmlich zurückzuführen,
- f) wie schätzt die Landesregierung das gesundheitliche Gefahrenpotential ein, welches von diesen Tatbeständen gemäß der Fragen zu a) bis e) für die brandenburgische Bevölkerung ausgeht,
- g) wie kann diesem Gefahrenpotential aus Sicht der Landesregierung effektiv sinnvoll begegnet werden und
- h) welche konkreten Maßnahmen hat die Landesregierung in den letzten zehn Jahren bis heute jeweils ergriffen, um diesem gesundheitlichen Gefahrenpotential für die brandenburgische Bevölkerung zu begegnen beziehungsweise beabsichtigt die Landesregierung angesichts steigender HIV-Neuinfizierungen im Verlaufe dieser Legislaturperiode bis 2009 noch zu ergreifen?

Zu Frage 23:

Die Landesregierung hat keine Anhaltspunkte dafür, dass die Migration ein erhöhtes Aids-Risiko darstellt. Ausschlaggebend ist das individuelle Verhalten des einzelnen Menschen unabhängig von der Herkunft.

Es liegen keine Erkenntnisse über den Aufenthaltsstatus der infizierten Migrantinnen und Migranten vor, da dieses Merkmal bei einer positiven HIV-Test-Meldung nicht erfasst wird.

Zu Frage 23a):

Die wenigen betroffenen Migrantinnen und Migranten in Brandenburg kommen aus so genannten Hochprävalenzregionen, aus Subsahara und Osteuropa (vergleiche auch Antwort zu Frage 1d)). Zu der sozialen Herkunft liegen keine Erkenntnisse vor.

Zu Frage 23b):

Risiken für HIV-Ansteckung bestehen für Männer wie für Frauen durch ungeschützten Geschlechtsverkehr sowie bei gemeinsamer Benutzung von Spritzen und Nadeln.

Zu Frage 23c):

Die Hauptinfektionswege für Frauen sind genau wie bei Männern ungeschützte sexuelle Kontakte und gemeinsame Benutzung von Spritzen und Nadeln beim Drogengebrauch.

Zu Frage 23d)

Das Risiko für Kinder, sich vor oder während der Geburt bei ihrer HIV-infizierten Mutter anzustecken, ist aufgrund der sehr guten medizinischen Betreuung und Versorgung von schwangeren, HIV-infizierten Frauen sehr gering (siehe Übersicht des RKI zu Frage 1d)). Ebenso gering ist das Risiko, dass die Neugeborenen durch das Stillen infiziert werden, da HIV-infizierte Mütter ihre Kinder mit Ersatz-Milchpulver ernähren.

Zu Frage 23e):

Die Ursachen der HIV-Infektion sind unter anderem auf die ungenügende Prävention und Aufklärung, auf fehlende Behandlungsmöglichkeiten in den jeweiligen Herkunftsländern, auf ungeschützte sexuelle Kontakte, Prostitution und die Benutzung von gemeinsamen Spritzenbesteck in der Drogenszene zurückzuführen.

Zu Frage 23f):

Die in den Antworten zu Fragen 23a) bis 23d) genannten Übertragungswege sind Verhaltenrisiken für eine HIV-Infektion unabhängig von der ethnischen Zugehörigkeit.

Zu Frage 23g):

Prävention und Aufklärung über Infektionsrisiken und Übertragungswege einer HIV-Infektion sowohl für Migratinnen und Migranten als auch für deutsche Bürgerinnen und Bürger sind wichtige Maßnahmen gegen HIV-Neuinfektionen.

Zu Frage 23h):

Im Rahmen der Arbeit der Initiative Brandenburg - Gemeinsam gegen Aids wurden und werden Aufklärungskampagnen für verschiedene Zielgruppen durchgeführt.

24. In welchem Umfang in konkreten Zahlen wurden nach den Erkenntnissen der Landesregierung bei Personen mit Herkunft aus Nicht-EU-Staaten, differenziert nach Männern, Frauen und Kindern im Land Brandenburg, in den letzten zehn Jahren jeweils
- a) HIV-Infektionen festgestellt,
 - b) HIV-Erkrankungen diagnostiziert und
 - c) HIV-Therapien durchgeführt, um einen AIDS- Erkrankungsausbruch zu verhindern oder zumindest zu verzögern?

Zu Fragen 24a) bis c):

Der Landesregierung sind diese Zahlen nicht bekannt. Das RKI erfasst HIV-Infizierte und Aidskranke nicht nach dem Kriterium der Zugehörigkeit zu EU- bzw. Nicht-EU-Staaten.

25. Welche konkreten Ziele verfolgt die Landesregierung mit der in der Antwort zu Frage 4 der Kleinen Anfrage, Drucksache 4/2334, angekündigten landesweiten Verteilung der Broschüre „Wegweiser für Migrantinnen und Migranten“, Herausgabe im Dezember 2005?
- a) Wann ist diese Broschüre „Wegweiser für Migrantinnen und Migranten“ erstmals aufgelegt worden,
 - b) in welcher Auflage sowie zu welchen exakten Kosten in konkreten Zahlen ist die Herausgabe dieser Broschüre im Dezember 2005 erfolgt,
 - c) in welchen Sprachen mit jeweils welchen Auflage in konkreten Zahlen ist diese Broschüre im Land Brandenburg verfasst beziehungsweise erhältlich,
 - d) welche konkreten Stellen, Institutionen oder Akteure in Brandenburg sollen diese Broschüre im Land Brandenburg verteilen,

- e) in welchem genauen Umfang ist die Verteilung dieser Broschüre nach den Erkenntnissen der Landesregierung inzwischen bereits erfolgt,
- f) für welche konkreten Zielgruppen ist diese Broschüre inhaltlich konzipiert, und zwar
- aa) inwieweit sollen hiermit Neuzuwanderer aus Nicht-EU-Staaten (einschließlich Asylbewerbern, Flüchtlingen und Spätaussiedlern) angesprochen werden,
 - bb) inwieweit sollen mit der Broschüre bereits hier lebende ausländische Staatsangehörige aus Nicht-EU-Staaten angesprochen werden,
 - cc) inwieweit sollen innerhalb der Gruppen der Neuzuwanderer und/oder bereits hier lebenden ausländischen Staatsangehörigen aus Nicht-EU-Staaten welche genauen Ziel- oder Risikogruppen im Sinne von Frage 16, Buchstaben a), aa) bis dd) besonders angesprochen werden,
 - dd) welche exakten Inhalte und Verhaltensregeln enthält diese Broschüre speziell im Hinblick auf die HIV-Prävention bei ausländischen Staatsangehörigen aus Nicht-EU-Staaten sowie bei Spätaussiedlern und
 - ee) werden in dieser Broschüre außer der HIV-Problematik noch andere Themen erörtert? – Wenn ja, um welche anderen Themen handelt es sich hierbei genau und mit welcher räumlichen wie inhaltlichen Gewichtung im Verhältnis zu der HIV-Problematik?

Zu Frage 25:

Mit der Veröffentlichung und Verteilung der Broschüre „Gesundheitswegweiser für Migrantinnen und Migranten im Land Brandenburg“ verfolgt die Landesregierung das Ziel, die in Brandenburg lebenden Migrantinnen und Migranten über die medizinische Versorgung und über die Möglichkeiten der medizinischen Vorsorge im Land Brandenburg zu informieren.

Zu Frage 25a):

Der Gesundheitswegweiser wurde im Dezember 2005 veröffentlicht.

Zu Frage 25b):

Die Broschüre hat eine Auflage von 1.000 Exemplaren. Die Gesamtkosten für die Erstellung der Broschüre betragen 11.324,86 EUR.

Zu Frage 25c):

Es handelt sich um eine Broschüre im A4-Format, in der die Informationen für die Migrantinnen und Migranten in den Sprachen Deutsch, Französisch, Englisch, Vietnamesisch, Russisch, Serbo-kroatisch und Polnisch aufgenommen wurden.

Zu Frage 25d):

Die Broschüre wurde an folgende Institutionen und Einrichtungen zur Verteilung und/oder zum Eigengebrauch versandt:

- Gesundheitsämter im Land Brandenburg
- Kommunale Ausländerbeauftragte des Landes Brandenburg
- Gemeinschaftsunterkünfte für Migrantinnen und Migranten
- Beratungsstellen für Migrantinnen und Migranten

- Migrantenorganisationen
- Krankenhäuser und Frauenhäuser im Land Brandenburg
- Aids-Hilfe Potsdam e.V.
- Belladonna e.V.

Zu Frage 25e):

Die Broschüre ist inzwischen vergriffen. Sie ist auf der Homepage des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie und auf der Homepage der Ausländerbeauftragten des Landes Brandenburg abrufbar.

Zu Frage 25f), Unterbuchstaben aa) bis cc):

Die Broschüre ist für die zahlenmäßig größten Migrantengruppen in Brandenburg konzipiert. Dazu gehören Migrantinnen und Migranten aus Russland, darunter Aussiedlerinnen und Aussiedler, Polen, Vietnam, Bosnien-Herzegowina und dem Kosovo. Für EU-Staatsangehörige und Migrantinnen und Migranten aus afrikanischen und asiatischen Ländern wurden die Sprachen Französisch und Englisch aufgenommen. Die Broschüre ist sowohl für Asylbewerberinnen und Asylbewerber als auch für bleibeberechtigte Zuwanderer konzipiert.

Zu Frage 25f), Unterbuchstabe dd):

Die Broschüre beinhaltet im Bereich der HIV-Prävention Informationen zu den Übertragungswegen der HIV-Infektion, zu Schutzmöglichkeiten, die eine HIV-Infektion verhindern, sowie zum HIV-Test.

Im Adressenteil der Broschüre sind die HIV/Aids-Beratungsstellen und -Schwerpunktpraxen im Land Brandenburg zu finden.

Zu Frage 25f), Unterbuchstabe ee):

Der Gesundheitswegweiser für Migrantinnen und Migranten beinhaltet Informationen zum öffentlichen Gesundheitsdienst in Brandenburg, zur Krankenversicherung, zu rechtlichen Regelungen bei der medizinischen Versorgung, zur hausärztlichen und zahnärztlichen Versorgung, zum Krankenhaus-aufenthalt, zur Medikamentenzuzahlung, zur Hilfe bei Gewalt gegen Frauen und Mädchen und zur Psychotherapie. Er enthält außerdem eine Übersicht zu den amtlich empfohlenen Vorsorgeuntersuchungen und Schutzimpfungen. Zudem verfügt der Gesundheitswegweiser über ein umfangreiches Adressenverzeichnis mit Gesundheitsinstitutionen und Beratungsstellen im Land Brandenburg.

Die genannten Themen werden jeweils auf ein bis zwei Seiten behandelt. Die genannte Übersicht umfasst fünf und das Adressenverzeichnis sieben Seiten.

26. Inwieweit ist die in der Antwort zu Frage 4 der Kleinen Anfrage, Drucksache 4/2334, angekündigte landesweite Verteilung der Broschüre „Wegweiser für Migrantinnen und Migranten“ mit welchen weiteren konkreten Programmen oder Maßnahmen zum Zwecke der HIV-Prävention gegenüber welchen Zielgruppen im Sinne von Frage 25, Buchstaben f), aa) bis cc) verbunden, und zwar insbesondere solchen im Sinne von Frage 16?

Zu Frage 26:

Die Broschüre ist mit solchen Programmen oder Maßnahmen nicht verbunden.

27. Welches konkrete Aufklärungsmaterial und welche konkreten Aufklärungsmaßnahmen gab und gibt es – außer der in der Antwort zu Frage 4 der Kleinen Anfrage, Drucksache 4/2334, erwähnten Broschüre „Wegweiser für Migrantinnen und Migranten“ – nach den Erkenntnissen der Landesregierung in Brandenburg in den vergangenen zehn Jahren bis heute speziell für Personen mit Herkunft aus Nicht-EU-Staaten zum Zwecke der Aufklärung vor HIV-Gefahren, einschließlich entsprechender Verhaltensregeln?
- a) In welchen Sprachen ist beziehungsweise war derartige Aufklärungsmaterial in Brandenburg verfügbar und in welchen Sprachen werden entsprechende Aufklärungsmaßnahmen abgehalten?
 - b) Welche Stellen oder Einrichtungen des Landes Brandenburg und seiner Kommunen sowie welche Organisationen oder Verbände sind und waren nach den Erkenntnissen der Landesregierung in den letzten zehn Jahren bis heute in Brandenburg mit solchen Aufklärungsmaßnahmen, einschließlich der Verteilung von Aufklärungsmaterial, befasst und inwieweit waren oder sind hierbei insbesondere eingebunden
 - aa) Ausländerbehörden des Landes Brandenburg sowie
 - bb) Aufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber, Flüchtlinge und Spätaussiedler?
 - c) Inwieweit sieht die Landesregierung Handlungsbedarf gegenüber einreisenden Personen aus Nicht-EU-Staaten im Hinblick auf speziell für diese Personengruppen unterschiedlicher Herkunft zugeschnittene zusätzliche Aufklärungsmaßnahmen speziell zur AIDS-Prävention, angesichts der bundesweit steigenden HIV-Neuinfizierungen sowie gleichzeitig abnehmender Sensibilisierung insbesondere junger Menschen gegenüber den Aids-Gefahren?

Zu Fragen 27 und 27a):

Eine Übersicht über sämtliche Aufklärungsmaterialien und Aufklärungsmaßnahmen liegt der Landesregierung nicht vor. Weite Verbreitung haben die Aufklärungsmaterialien der BZgA, die in vielen Sprachen vorliegen und regelmäßig aktualisiert werden.

Die Initiative Brandenburg - Gemeinsam gegen Aids hat einen Informationsflyer zum HIV-Antikörpertest in vier Sprachen, Englisch, Französisch, Russisch und Polnisch, erstellt und verteilt. Der Flyer richtet sich an alle Brandenburgerinnen und Brandenburger sowie an alle Migrantinnen und Migranten im Land Brandenburg.

Ab Sommer 2006 wird im Rahmen des MiMi-Gesundheitsprojektes (Mit Migranten für Migranten – Interkulturelle Gesundheit in Deutschland) die Ausbildung von Gesundheitsmediatorinnen und Gesundheitsmediatoren für das Land Brandenburg geplant. Das Projekt richtet sich vorrangig an Migrantinnen und Migranten mit den Muttersprachen Albanisch, Arabisch, Bosnisch, Englisch, Französisch, Griechisch, Italienisch, Kroatisch, Kurdisch, Polnisch, Persisch, Russisch, Serbisch, Spanisch, Türkisch und Vietnamesisch.

Zu Frage 27b):

Die Gesundheitsämter in den Landkreisen und kreisfreien Städten, die Aids-Hilfe Potsdam e.V., Gesundheitsberatungsstellen der freien Träger sowie das Büro der Ausländerbeauftragten des Landes Brandenburg und der Fachberatungsdienst für Zuwanderung, Integration und Toleranz führen Fortbildungs-, Aufklärungs- und Informationsveranstaltungen durch und verteilen Informationsmaterialien zur HIV-Prävention.

Zu Frage 27b), Unterbuchstabe aa):

Die Ausländerbehörden des Landes Brandenburg sind in der Regel nicht in HIV-Aufklärungsmaßnahmen eingebunden. Bei Anfragen von Ausländern wird auf die individuelle Beratung bei den jeweils zuständigen Gesundheitsämtern verwiesen.

Zu Frage 27b), Unterbuchstabe bb):

In der Erstaufnahmeeinrichtung der Zentralen Ausländerbehörde des Landes Brandenburg (ZAB) erfolgt eine Erstuntersuchung von Asylbewerbern durch die Außenstelle des Gesundheitsamtes des Landkreises Oder-Spree gemäß § 62 Asylverfahrensgesetz (AsylVfG). Soweit hierbei Symptome festgestellt werden, die auf eine HIV-Erkrankung schließen lassen, wird im Einvernehmen mit dem Asylbewerber ein entsprechender Test durchgeführt. Bei der Verteilung des Asylbewerbers auf die Landkreise und kreisfreien Städte des Landes Brandenburg gibt das Gesundheitsamt Oder-Spree an das dann zuständige Gesundheitsamt die entsprechenden Informationen (Testergebnis) weiter. Die ZAB erhält hierüber aufgrund der ärztlichen Schweigepflicht keine Kenntnis.

In der Außenstelle des Gesundheitsamtes auf der Liegenschaft der ZAB liegt umfangreiches Material zur Aufklärung in verschiedenen Sprachen vor.

Die Aufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber, Flüchtlinge und Spätaussiedler werden durch die Präventionskampagnen erreicht.

Zu Frage 27c):

Auf die in der Antwort zu den Fragen 27 und 27a) genannten Aufklärungsmaßnahmen wird verwiesen. Zusätzlichen Handlungsbedarf sieht die Landesregierung nicht.

28. Inwieweit haben sich nach den Erkenntnissen der Landesregierung im Hinblick auf die HIV-Prävention und/oder auf die Feststellung von HIV-Infektionen aufgrund der mit der EU-Osterweiterung im Jahre 2004 einhergehenden Verschiebung der EU-Außengrenzen Veränderungen ergeben?

- a) Welche konkreten Maßnahmen wurden bis zur EU-Osterweiterung insoweit an der ehemaligen EU-Außengrenze Brandenburgs durchgeführt und werden seither an der gemeinsamen EU-Binnengrenze mit Polen nicht mehr durchgeführt,
- b) welche konkreten Maßnahmen werden nach den Erkenntnissen der Landesregierung diesbezüglich an den heutigen EU-Außengrenzen der neuen EU-Mitgliedstaaten – gegebenenfalls auch zusätzlich zu den vorherigen an der alten EU-Außengrenze Brandenburgs bis 2004 – durchgeführt und
- c) inwieweit besteht aus Sicht der Landesregierung diesbezüglich zusätzlicher Handlungsbedarf für welche konkreten Maßnahmen an der gemeinsamen EU-Binnengrenze und/ oder den heutigen EU-Außengrenzen mit jeweils welchen Zuständigkeiten?

Zu Frage 28:

Die alte EU-Ostgrenze ist für den Reiseverkehr durchlässiger geworden.

Zu Frage 28a):

Durch den Verein Belladonna e.V. werden seit 1991 Maßnahmen grenzüberschreitender HIV-Präventionsarbeit durchgeführt. Maßnahmen der grenzüberschreitenden HIV-Präventionsarbeit, die seit der EU-Osterweiterung nicht mehr durchgeführt werden, sind der Landesregierung nicht bekannt.

Zu Frage 28b):

Zu konkreten Maßnahmen an der heutigen EU-Ostgrenze außerhalb des EU-Projektes BORDERNET liegen der Landesregierung keine Erkenntnisse vor.

Zu Frage 28c):

Maßnahmen an der gemeinsamen EU-Binnengrenze und der neuen EU-Ostgrenze werden über das EU-Projekt BORDERNET durchgeführt (siehe Antwort zu Frage 17c) sowie deren Unterbuchstaben).

Die Landesregierung erwartet von den Ergebnissen des EU-Projektes BORDERNET Kenntnisse darüber, ob bzw. welcher zusätzliche Handlungsbedarf bezüglich der HIV/Aids-Problematik an der EU-Binnengrenze und der neuen EU-Ostgrenze besteht.